



Literaturanalyse zum Themendreieck ,Engagementförderung – Demokratiestärkung – Ländlicher Raum‘

Durchgeführt von:

Christine Eckes, Marie-Theres Piening & Janine Dieckmann

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft

Im Auftrag des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement



**Literaturanalyse zum Themendreieck
,Engagementförderung – Demokratiestärkung – Ländlicher Raum‘**

Im Auftrag des

Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Arbeitsbereich „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“

Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin-Mitte

Homepage: www.b-b-e.de
E-Mail: info@b-b-e.de
Telefon: 030 629 80110
Fax: 030 629 80151



Durchgeführt von

Christine Eckes, Marie-Theres Piening & Dr. Janine Dieckmann
Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft

Talstr. 84
07743 Jena

Homepage: www.idz-jena.de
E-Mail: info@idz-jena.de
Telefon: 03641 2719403
Fax: 03641 2718307



Zur Online-Version der Literaturanalyse und zum Online-Anhang:

Über BBE: <https://www.laendlicher-raum.info/material-und-links/idz-analyse>

Über IDZ: <https://www.idz-jena.de/forschungsprojekte/literaturanalyse-engagementfoerderung-demokratiestaerkung-laendlicher-raum/>

Aktualisierte Fassung: September 2019

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Prof. Dr. Claudia Neu	5
1. Einleitung	7
2. Methodisches Vorgehen der Recherche	9
3. Methodisches Vorgehen der Analyse	11
3.1 Zentrale Fragestellung der Literaturanalyse	11
3.2 Vorgehen der Analyse	12
3.3 Zusätzlich erhobene Informationen aus den Studien (im Online-Anhang).....	12
4. Grenzen der Literaturanalyse	13
4.1 Zur Problematik der Definition(en).....	13
4.2 Zur Problematik der Heterogenität der Forschungsansätze	13
5. Zentrale Ergebnisse der Literaturanalyse	14
5.1 Einstieg.....	14
5.2 Schwerpunkte der Studien	14
5.3 Rahmende Faktoren: Demografischer Wandel und Strukturabbau.....	15
5.4 Zusammenschlüsse und Arten von Engagement.....	17
5.5 Vereine als Träger bürgerschaftlichen Engagements	18
5.6 Fördernde Faktoren bürgerschaftlichen Engagements	19
5.7 Wahl des Engagementfeldes und Motivation Engagierter	21
5.8 Hemmende Faktoren bürgerschaftlichen Engagements	22
5.9 Herausforderung für Demokratie und Zivilgesellschaft: Rechtsradikalismus	24
6. Forschungslücken	29
6.1 Begriffsproblematiken und Zugangsvoraussetzungen	29
6.2 Kommunikation als Allheilmittel?.....	30
6.3 Unsichtbares Engagement und Engagement als Privileg.....	31
6.4 Partizipation und Demokratieförderung als <i>inklusive</i> Demokratiestärkung.....	32
6.5 Strukturelle und politische Rahmenbedingungen von Engagement.....	33
6.6 Intersektionalität, Demokratie- und Engagementförderung.....	34
6.7 Rechtsradikalismus und Gegenstrategien der Zivilgesellschaft.....	35
6.8 Weitere inhaltliche (Einzel-)Aspekte.....	36
6.9 Empfehlungen für zukünftige Forschung(-spraxis).....	37
7. Zusammenfassung	38
8. Literaturverzeichnis zusätzlicher Publikationen	41
9. Studien zum Themendreieck ab dem Erscheinungsjahr 2009	42
9.1 Studien zu bürgerlichem Engagement im ländlichen Raum	42

9.2	Studien zu Demokratiestärkung im ländlichen Raum.....	46
9.3	Studien zu Demokratiestärkung und Engagement im ländlichen Raum	47
10.	Sonstige Literatur zum Thema.....	48
10.1	Handbücher und Überblicksdarstellungen.....	48
10.2	Good-Practice-Beispiele, Handlungsempfehlungen & Argumentationshilfen	49
10.3	Auswahl von Studien zum Themendreieck vor 2009	50
10.4	Auswahl von Studien in Durchführung/ Working Papers	50
10.5	Weitere Publikationen zum Thema.....	51

VORWORT VON PROF. DR. CLAUDIA NEU

„Engagement“ – „Demokratiestärkung“ – „ländlicher Raum“: Die drei Begriffe stehen seit einigen Jahren hoch im Kurs, wenn es um die Bearbeitung gesellschaftlicher Problemlagen, wohlfahrtsstaatlichen Wandels und die Gefährdung der Demokratie geht. In den vergangenen zwanzig Jahren gerät die „aktive Bürgerschaft“ mehr und mehr in den Fokus der Politik. Längst geht es beim Engagement um mehr als Sport, Spiel und Entspannung: Versorgungslücken sollen geschlossen, Senior*innen¹ betreut und Rechtsradikalismus eingedämmt werden. Engagement wird zunehmend mit einer „moralischen Verpflichtungssemantik“ (Lessenich 2013) versehen, die in deutlichen Kontrast zur unterstellten Freiwilligkeit gerät. Unscharf wird zugleich die Verortung des bürgerschaftlichen Engagements im öffentlichen Raum. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ im Jahr 2002 hatte sich dafür ausgesprochen, dass Engagement *freiwillig* und *nicht an wirtschaftlichen Gründen orientiert* ist, zumeist *gemeinsam ausgeübt* wird, sich *auf Gemeinwohl und Zusammenhalt richtet* und *im öffentlichen Raum* stattfindet. Nun wendet sich der Blick vermehrt auch auf Engagementformen, die eher dem informellen Lebensbereich zuzuordnen sind. Nachbarschaftshilfe, Familienarbeit, Freundschaftsdienste sind wichtige Unterstützungsleistungen im Alltag und tragen wesentlich zur Nahsolidarität bei – insbesondere für Menschen in prekären Lebenslagen ist dies von großer Bedeutung. Nur dass diese Aktivitäten und Hilfsangebote (zumeist) nicht im öffentlichen Raum stattfinden. Erweitern wir die Engagementdefinition bis in die Familie und den Freundeskreis hinein, ist bald nicht mehr klar, was gemeint ist, wenn wir über bürgerschaftliches Engagement reden oder wer die Zielgruppe von Engagementförderung ist: Vereine, Quartiersläden, die Laufgruppe oder das Hausfest? Politisch mag das gewollt sein, lenkt es doch davon ab, dass bürgerschaftliches Engagement eine voraussetzungsvolle Angelegenheit ist, die auf Kompetenzen, Institutionen und Infrastrukturen sowie Kompetenzen angewiesen ist. Außerdem schwimmt so auch, dass das Zusammenspiel von engagierter Bürgergesellschaft und leistungsbereiter Staatlichkeit längst tiefe Risse bekommen hat, dass sich aus der demografisch induzierten Infrastrukturkrise eine Krise der rechts- und sozialstaatlich geprägten Demokratie zu entwickeln droht (Kersten/Neu/Vogel 2012).

Hier kommen nun die ländlichen Räume ins Spiel: Sind es doch vor allem die peripheren ländlichen Räume des Ostens, die unterdurchschnittlich gute Lebensbedingungen aufweisen, wo das Engagement schwächelt und sich zugleich der deutlichste Aufwuchs an rechtspopulistischen bis hin zu rechtsradikalen Gruppierungen zeigt. Umgekehrt sind es die ländlichen Räume des wirtschaftsstarken Südwestens, in denen das öffentliche Leben in Vereinen und Kirchen, Schulen und Dorfläden blüht. Der Schluss liegt also nahe, dass es deutliche Verbindungslinien zwischen Demografie, Wirtschaftsstruktur, Infrastrukturausstattung und Engagementkultur gibt. Engagement braucht Ressourcen: auf individueller Ebene (Bildung, Erwerbstätigkeit) ebenso wie auf kommunaler Ebene (Finanzausstattung, soziale Infrastruktur, wohnortnahe Grundversorgung). Fehlt es insbesondere an diesen kommunalen Ressourcen, dann hat dies auch unmittelbare Folgen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn infrastrukturelle Einbußen führen nicht nur zu einem Mangel an wohlfahrtsstaatlicher Versorgungssicherheit, sondern auch zu einem Verlust an pluralistischer Öffentlichkeit und zu einer Erosion demokratischer Staatlichkeit: Die Schließung von Schulen, Rathäusern und Polizeidienststellen sowie die Einschränkung des öffentlichen Personennahverkehrs reduzieren den sicheren, öffentlichen Raum, in dem sich – im Zusammenspiel mit einem lokalen Vereins- und Parteileben – eine pluralistische Öffentlichkeit diskursiv entfalten kann und in dem über das staatliche Gewaltmonopol die körperliche Sicherheit aller Bürger*innen gewährleistet ist. Wenn darüber hinaus Arztpraxen nicht fortgeführt,

Infrastrukturelle Einbußen führen nicht nur zu einem Mangel an wohlfahrtsstaatlicher Versorgungssicherheit, sondern auch zu einem Verlust an pluralistischer Öffentlichkeit und zu einer Erosion demokratischer Staatlichkeit.

¹ Mit dem Asterisk * wird für diese Publikation bewusst eine geschlechtersensible Schreibweise gewählt. Er soll geschlechtliche Vielfalt abbilden und auch diejenigen Menschen miteinbeziehen, die sich jenseits der zweigeschlechtlichen Norm verorten und sich nicht als Frau oder Mann identifizieren. Zusammengesetzte Worte wie „Bürgerschaft“, „Nachbarschaftshilfe“ bleiben zugunsten der Lesbarkeit im generischen Maskulinum.

Kirchen aufgegeben und Geschäfte geschlossen werden, verliert eine Gemeinde gleichzeitig Orte mit öffentlichem Publikumsverkehr. Unter den Bedingungen des demografischen Wandels kommen der Zivilgesellschaft, als „Sphäre der zum Publikum versammelten Privatleute“ (Habermas 1990: 42), mithin nicht nur die öffentlichen und sicheren Orte, sondern zugleich auch das engagierte Publikum abhanden. Mit den sich aus der Fläche zurückziehenden Kirchen, Selbstständigen und Beamt*innen fehlen einer Gemeinde oder Region aktive Menschen, von deren Engagement das Kultur-, Vereins- und Parteienleben einer bürgerlichen Öffentlichkeit vielfach lebt. Das Alarmierende an dieser Zunahme sozialer Verunsicherung, in Verbindung mit dem gleichzeitigen Verlust pluralistischer Öffentlichkeit und der Erosion demokratischer Staatlichkeit, ist jedoch, dass dadurch ein soziales und politisches Vakuum entstehen kann. Denn es besteht die Gefahr, dass die sozialpolitische „Leere“, die der Kollaps von Öffentlichkeit und der Rückzug von Staatlichkeit hinterlassen, von autoritären und oft rechtsradikalen Kräften ausgefüllt wird, die nun ihrerseits gesellschaftliche Ordnungsfunktionen übernehmen (Kersten/Neu/Vogel 2012). Was heißt Jungsein im ländlichen Raum, wenn das einzige Freizeitangebot, vielleicht auch das einzige Deutungsangebot, von rechten Gruppierungen kommt?

Fast könnte man meinen, dass die mahnenden Stimmen, wie etwa von Benno Hafener (2006), die darauf hinwiesen, dass es einer erhöhten Aufmerksamkeit für Engagement – besonders im Hinblick auf die umfassende Demokratiestärkung und Rechtsextremismusprävention - im ländlichen Raum bedarf, ungehört verhallt sind. Zumindest wurden diese Ergebnisse so lange ignoriert bis die AfD politische Erfolge feierte...

Umso dankenswerter ist es, dass die vorliegende Literaturanalyse den Themenkomplex „Engagementförderung – Demokratiestärkung – ländliche Räume“ unter die Lupe nimmt und eine (nicht abschließende) Zusammenstellung der in den vergangenen zehn Jahren durchgeführten Studien aus dem Feld bietet. Leider wird schnell klar, dass die Engagementforschung in Deutschland wenig systematisch, punktuell und dispers ist. Nichtsdestotrotz lassen sich in den analysierten Studien wichtige Hinweise auf eine Engagementpolitik für ländliche Räume finden, die den politischen Leitgedanken der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ernst nimmt und so Rahmenbedingungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie schafft.

Wo kann Engagementförderung ansetzen? Bürgerschaftliche Engagement braucht

- öffentliche Infrastrukturen und Institutionen, wie Schulen, Jugendclubs und kommunale Verwaltung vor Ort, denn sie sind die demokratischen Infrastrukturen der Gesellschaft (Kersten/Neu/Vogel 2019). Das heißt auch, Infrastrukturpolitik und Engagementpolitik zukünftig stärker zusammenzudenken!
- Soziale Orte (Neu/Vogel, im Erscheinen), Kommunikationsplätze, Ankerpunkte, an denen sich öffentliches Engagement entfalten kann und Menschen zusammenkommen.
- Unterstützung für überdurchschnittlich engagierte und innovationsfähige Akteur*innen, denn sie prägen die lokale Engagementlandschaft. „Diese Personen können über das konkrete Engagement hinaus weltanschauliche Positionen besetzen und bestärken. Diese Schlüsselpersonen einerseits zu fördern, aber auch immer wieder an das Gemeinwesen zurückzubinden, ist Aufgabe der kommunalen Engagementförderung“ (Wegner/Klie 2017: 565).
- eine interaktive, kommunikative Verwaltung, die Mediatorin und Unterstützerin für Engagierte ist.

Bürgerschaftliches Engagement und (zivil-)gesellschaftliche Institutionen binden Menschen sozial, kulturell und mental ein, bieten Anerkennung und Identität, schaffen Gemeinwohl und sozialen Zusammenhalt. Entscheidend ist, insbesondere in Abgrenzung zu rechtsradikalem Engagement bzw. der *dark side of civil society*, dass diese Orte unterschiedliche Wirklichkeiten, Erfahrungsräume und Deutungsangebote bereithalten, die miteinander in Wider- und Wettstreit treten können. So begründen sie lokale Demokratie und schaffen soziales Bewusstsein (Hafener 2006; Neu, im Erscheinen).

Prof. Dr. Claudia Neu

Lehrstuhlinhaberin für Soziologie Ländlicher Räume an den Universitäten Göttingen und Kassel

1. EINLEITUNG

„Demografischer Wandel“, „Alterung der Gesellschaft“, „Rückbau öffentlicher Daseinsvorsorge“, „Strukturschwache ländliche Regionen“, „Sparpolitik“ – diese Schlagworte sind immer wieder Gegenstand politischer, medialer und öffentlicher Debatten. Wenn plötzlich der öffentliche Nahverkehr das eigene Dorf nicht mehr anfährt, es an Kita-Plätzen fehlt, die Schule oder das Freibad schließen soll, werden die Auswirkungen dieser Phänomene auch im persönlichen, alltäglichen Leben spürbar.

In vielen ländlichen Regionen ist das bürgerschaftliche Engagement der Einwohner*innen ein wichtiger Baustein, um ihre Lebenswelten zu gestalten und um gesellschaftlichen und politischen Veränderungen zu begegnen. Gerade in Hinblick auf langfristige Herausforderungen, denen ländliche Regionen Deutschlands seit Jahrzehnten gegenüberstehen, nehmen bürgerschaftliches Engagement und Demokratiestärkung wichtige Funktionen ein. Ein systematischer Blick auf bisherige Ergebnisse für den ländlichen Raum aus der Engagement- und Demokratieforschung blieb bisher weitestgehend aus. Gerade die Verknüpfung beider Forschungsbereiche erhielt bisher zu wenig Interesse. Dieses ist jedoch notwendig, schaut man auf die aktuellen Wahlergebnisse im ländlichen Raum (siehe dazu Deppisch/Klärner/Osigus 2019).

Die vorliegende Literaturanalyse² möchte dieses Interesse verstärken. Sie enthält daher eine inhaltsanalytische Übersicht der in den letzten 10 Jahren veröffentlichten Studien im Themendreieck *Engagement(-förderung)*, *Demokratiestärkung* und *ländlicher Raum*. Sie liefert einen Überblick über bisherige Ergebnisse aus der Engagement- und Demokratieforschung im ländlichen Raum, diskutiert diese kritisch und legt Forschungslücken offen. Als Transferinstrument richtet sich die Analyse an zivilgesellschaftliches, wissenschaftliches und politisches Publikum, um den gegenseitigen Austausch voranzutreiben und zu stärken.

Insbesondere periphere ländliche Gebiete sind von schneller Alterung und Abwanderung von Einwohner*innen sowie dem Abbau öffentlicher Infrastruktur betroffen (siehe u.a. Haschke 2018, Nr. 16³; Eisentraut 2009, Nr. 11). Die Zahlen des Freiwilligensurveys 2014 zeigen, dass der Anteil freiwillig Engagierter auf dem Land höher ist als in der Stadt (Hameister/Tesch-Römer 2016: 539, Nr. 15). Dabei sind die Formen des Engagements so vielfältig wie die ländlichen Regionen in Deutschland selbst: Weit gefasst kann sich bürgerschaftliches Engagement in Form von Vereinsarbeit bzw. Arbeit in anderen Zusammenschlüssen, als Nachbarschaftshilfe oder als Aktivität von Einzelpersonen zeigen, aber auch in Form von Protesten (Bischof/Quent 2018). Angelehnt an die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2002 definiert der Freiwilligensurvey Engagement jedoch in einem engeren Sinne:

Eine Tätigkeit ist dann als Engagement zu bezeichnen, wenn sie die folgenden Kriterien erfüllt:

- *Die Tätigkeit ist nicht auf materiellen Gewinn gerichtet.*
- *Die Tätigkeit ist öffentlich beziehungsweise findet im öffentlichen Raum statt.*
- *Die Tätigkeit wird in der Regel gemeinschaftlich/kooperativ ausgeübt.*
- *Die Tätigkeit ist gemeinwohlorientiert.*
- *Die Tätigkeit ist freiwillig.*

(Simonson/Vogel/Tesch-Römer 2016: 28)

Trotz dieser weithin gültigen Definition wirft die Engagementforschung zunehmend einen Blick auf informelle Formen von Engagement (z.B. Engagement im Quartier), da dieses Engagement, oft von gesellschaftlich schwächer gestellten Gruppen ausgeführt, meist nicht sichtbar ist. Diese Ausweitung des Engagementbegriffs wird jedoch beständig diskutiert, birgt sie doch die Gefahr, bürgerschaftliches Engagement als empirischen aber auch sozialpolitischen Gegenstand zu verwässern.

² Herzlichen Dank an Prof. Dr. Claudia Neu, Elisabeth Schönrock und ihr Team im BBE sowie Louisa Neitz für hilfreiche Anmerkungen an eine vorherige Version dieser Publikation.

³ Die Nummer verweist auf die zugeordnete Nummerierung der analysierten Publikationen im Literaturverzeichnis sowie die tabellarische Auflistung aller Studien im Online-Anhang. Quellen ohne Nummerierungen waren kein Bestandteil der analysierten Publikationen.

Die Bedeutung gemeinwohlorientierten bürgerschaftlichen Engagements wurde auch von der Politik auf EU- und Bundesebene erkannt und gefördert. Bereits 1991 wurde der sogenannte LEADER-Ansatz⁴ in der EU zunächst mit der Förderung von Modellprojekten eingeführt. Seit 2007 ist er ein eigenständiger Förderschwerpunkt im ELER-Fonds (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums). Wurde die Entwicklungspolitik ländlicher Räume vor 1991 noch stark durch einen *Top-down-Ansatz* bestimmt, wobei auf nationaler oder regionaler Ebene Finanzierungsentwürfe der Strukturförderung festgelegt wurden, verfolgte der damals neue LEADER-Ansatz eine *Bottom-up-Strategie*, bei der lokale Akteur*innen ihre Entwicklungsstrategien regionspezifisch ausarbeiten und umsetzen. Ziel war es, die Entwicklung individueller Lösungsstrategien zu erleichtern. Mit dem LEADER-Ansatz wird außerdem die Netzworkebildung und Kooperation der Initiativen vor Ort vorangetrieben. Seit Einführung des Ansatzes 1991 nimmt die Anzahl der durch den ELER-Fonds geförderten Projektregionen in Deutschland stark zu. Waren es in der Versuchsphase von 1991-1993 noch 13 Regionen in Deutschland (europaweit 217), sind es in der laufenden Förderperiode (2014-2020) 321 Regionen in der Bundesrepublik.⁵ Auch in den Studien der vorliegenden Literaturanalyse werden immer wieder durch den LEADER-Ansatz unterstützte Projekte untersucht.

Im Bereich der Demokratiestärkung gibt es seit 2015 auf Bundesebene das Programm *Demokratie leben!*. Das Programm fördert „Projekte zur Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung sowohl mit kommunalen wie auch mit regionalen und überregionalen Schwerpunkten“⁶. Auch Projekte im ländlichen Raum werden durch das Bundesprogramm gefördert. Das Bundesprogramm *Demokratie leben!* ist die an neue Begebenheiten angepasste Neuauflage des Programms *Toleranz fördern – Kompetenz stärken* aus der Förderperiode 2011-2014. Die als *lokale Aktionspläne* (LAP) bekannten Bottom-up-Evaluationen vor Ort zur Stärkung eines demokratischen Miteinanders setzen sich im Programm *Demokratie leben!* in den *Partnerschaften für Demokratie* fort (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement 2015: 9, Nr. 38). Daneben besteht von der *Bundeszentrale für politische Bildung*, gefördert durch das *Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat*, das Programm *Zusammenhalt durch Teilhabe*, das speziell in ländlichen Regionen Projekte zur Demokratiestärkung unterstützt.⁷ Auch einige Studien dieser Literaturanalyse beziehen sich auf Projekte, die durch *Demokratie leben!* und *Zusammenhalt durch Teilhabe* gefördert wurden.

Im Dezember 1999 wurde auf Bundesebene die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ ins Leben gerufen mit dem Ziel „konkrete politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen, gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland zu erarbeiten“ (Deutscher Bundestag 2002: 2).

Bürgerschaftliches Engagement schafft nicht nur persönliche Zufriedenheit, sondern trägt in seinen vielfältigen Formen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zu einem Klima des Vertrauens bei. (Deutscher Bundestag 2002: 69)

Die Enquete-Kommission empfahl (1) eine konsequente Weiterentwicklung in bürgergesellschaftlichen Organisationen (z.B. Vereine, Verbände, Stiftungen, Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände) und staatlichen Institutionen (z.B. Verwaltungen, Ämter), sodass bürgerschaftliches Engagement sowie Möglichkeiten der bürgerlichen Partizipation gefördert werden. Die Kommission betonte die Wichtigkeit einer engen Verzahnung innerhalb der Organisation, also der Zusammenarbeit und Einbeziehung von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, aber auch eine Öffnung nach außen zu anderen Akteur*innen des Gemeinwesens. Des Weiteren empfahl die Kommission mehrere strukturelle Änderungen in bürgergesellschaftlichen Organisationen, staatlichen Verwaltungen und gesetzlichen Regelungen: mehr Bürgerorientierung von Verwaltungen, Entbürokratisierung, Aufbau von kommunalen Netzwerken sowie der Anerkennungskultur für Engagement, mehr direktdemokratische Verfahren auf Kommunalebene, Reform des

⁴ LEADER steht für *Liaison entre actions de développement rural* (Verbindungen zwischen Aktionen zur ländlichen Entwicklung).

⁵ Mehr zum LEADER-Ansatz und seinem Hintergrund unter: <https://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader/leader-methode/> [25.05.2019].

⁶ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (o.A.): Über „Demokratie leben! Online: <https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben.html> [14.06.2019].

⁷ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (o.A.): Hintergründe des Programms. Online: <http://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/ueberuns/141916/ueber-uns> [14.06.2019].

Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts sowie der Verstärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Außerdem betonte sie die Notwendigkeit des Ausbaus von Forschungsaktivitäten, um das Wissen über bürgerschaftliches Engagement zu erweitern (ebd.: 7 ff.). Zwar förderte die Bundesregierung in den vergangenen Jahren die empirische Engagementforschung durch zahlreiche Forschungsprojekte und repräsentative Befragungen im Themenbereich „Engagement in Deutschland“ (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017: 17), dennoch fehlt es bis heute an systematischer Grundlagenforschung (bspw. in Form einer Engagement-Professur).

In aktuellen Diskursen gerät der ländliche Raum immer wieder im Zusammenhang mit dem Erstarren rechtspopulistischer Positionen, rechtsradikaler sowie neonazistischer Strukturen und Bewegungen in den Fokus. Mit der AfD sind rechtspopulistische und rechtsradikale Positionen in viele Kommunalparlamente und den Bundestag eingezogen. Einerseits konnte die AfD in sozioökonomisch abgehängten Regionen 2017 zur Bundestagswahl erfolgreicher mobilisieren als 2013 und andererseits hängt auch die sinkende Bevölkerungsdichte in Wahlkreisen positiv mit höheren Zustimmungswerten der AfD zusammen (Richter/Bösch 2017). Eine Strategie von Rechtspopulist*innen und Rechtsradikalen im ländlichen Raum ist es dabei unter anderem, an Engagementstrukturen und Diskurse um vermeintlich knappe Ressourcen anzudocken, um eine rassistische und chauvinistische Ideologie zu verbreiten (siehe Diedrich/Quent 2016, Nr. 57; Buchstein und Heinrich 2014, Nr. 37; Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement 2015, Nr. 38)

Umso notwendiger und lohnenswerter scheint eine Bestandsaufnahme und Untersuchung von Engagement und Demokratiestärkung in ländlichen Räumen. Mithilfe einer systematischen Betrachtung wird es möglich, gesellschaftliche und politische Entwicklungen besser verstehen zu können, Potenziale herauszuarbeiten und Möglichkeiten aufzuzeigen, die das bürgerschaftliche Engagement unterstützen – aber auch die Schwierigkeiten in der Umsetzung zu beleuchten. Die vorliegende Literaturanalyse gibt dafür eine wertvolle Initialzündung. Sie lädt weiterhin zur Fortführung der Systematisierung von Forschungsergebnissen sowie dem Ausbau des Transfers zwischen Wissenschaft und Praxis ein.

Im Folgenden wird zunächst das methodische Vorgehen der Recherche dargelegt (Kapitel 2), um anschließend auf die Methodik der Analyse einzugehen (Kapitel 3) und Grenzen der Literaturanalyse aufzugreifen (Kapitel 4). Der gewählte Fokus der Literaturanalyse liegt auf zentralen Ergebnissen der untersuchten Studien (Kapitel 5) sowie ermittelten Forschungslücken bzw. Leerstellen der wissenschaftlichen Literatur (Kapitel 6).

2. METHODISCHES VORGEHEN DER RECHERCHE

Für die Literaturanalyse wurde nach wissenschaftlichen Studien in der Thementriade „Demokratiestärkung, Engagementförderung und ländlicher Raum“ recherchiert, die seit 2009 in Deutschland publiziert worden sind. Nach folgenden Suchbegriffen wurde zunächst mit den Suchmaschinen *google* und *google scholar* und der Datenbank *world cat* recherchiert:

- „Studie UND Engagement UND ländlicher Raum“
- „Studie UND Demokratie UND ländlicher Raum“.

Außerdem wurden in einem zweiten Schritt folgende Suchbegriffe in Verbindung mit jeweils einem der Bundesländer, die keine Stadtstaaten sind, recherchiert:

- „Studie UND Engagement UND ländlicher Raum UND [Bundesland]“
- „Studie UND Engagement UND Dorf UND [Bundesland]“
- „Demokratieförderung UND Studie UND ländlicher Raum UND [Bundesland]“
- „Zivilgesellschaft UND Studie UND ländlicher Raum UND [Bundesland]“.

Im dritten Schritt der Recherche wurden die auf den Internetseiten veröffentlichten Projekte und Publikationen von einschlägigen Institutionen und Netzwerken im Zusammenhang mit der oben genannten Thementriade gesichtet:

- Schader-Stiftung
- Thünen-Institut
- Bertelsmann-Stiftung
- Generali
- Deutscher Landkreistag
- ländlicher-raum.info
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung
- Amadeu Antonio Stiftung
- Deutsche Gesellschaft für Soziologie
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
- LEADER

Mit den Stichwörtern „*ländlicher Raum ODER Dorf ODER rural ODER Kommune UND Engagement ODER Demokratieförderung ODER Bürgerbeteiligung ODER Partizipation ODER Zivilgesellschaft*“ wurde innerhalb nachstehender Buchreihen, Zeitschriften, deutschsprachigen Magazinen und innerhalb der gefundenen Studien, je nach Publikationssprache auf Englisch oder Deutsch, gesucht:

Buchreihen

- Rural areas: Issues of local and regional development / Ländliche Räume. Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung
- RURAL
- RURale Topografien
- Vitalisierung ländlicher Räume
- Bürgergesellschaft und Demokratie

Zeitschriften

- Land-Berichte. Sozialwissenschaftliches Journal
- Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie (ZAA)
- Rural21-International Journal for Rural Development
- Online-Fachzeitschrift Ländlicher Raum
- Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning
- Europa Regional
- Informationen zur Raumentwicklung
- Local Government Studies

Magazine

- LandInForm – Magazin für Ländliche Räume
- Ländlicher Raum

Daraufhin wurden aus allen recherchierten Studien die ausgewählt, die (a) sich ausschließlich mit den genannten Themen auseinandersetzen, die (b) als Vergleichsstudie mit peripheren Räumen anderer Staaten bzw. als Vergleichsstudien mit urbanen Räumen entstanden sind, und Studien, in denen (c) die Erforschung von Engagement, Demokratiestärkung oder des ländlichen Raums als ein Teilgebiet behandelt wurde, jedoch nur dann, wenn dieser Themenbereich den Hauptschwerpunkt der Studie darstellte. Außerdem wurden (d) Überblicksdarstellungen über demokratie- bzw. engagementfördernde Projekte im ländlichen Raum aufgenommen, auch wenn kein methodisches Vorgehen zur Erstellung einer Studie dargelegt wurde.

Insgesamt wurden **60 zugängliche Studien**⁸ recherchiert und analysiert. Eine Auflistung der analysierten Studien ist im Literaturkapitel 9 einzusehen. Im Abschnitt 9.1 werden Studien aufgeführt, die sich nur mit bürgerschaftlichem Engagement im ländlichen Raum beschäftigen, in Abschnitt 9.2 Studien, die sich nur mit Demokratiestärkung im ländlichen Raum beschäftigen und in Abschnitt 9.3 Studien, die auf beide Themenbereiche eingehen. Daran anschließend sind weiterführende Beiträge zum Thema im Literaturkapitel 10 beigefügt, die während der Recherchen gefunden wurden und thematisch relevant sind, jedoch nicht direkt zur oben beschriebenen Studienauswahl gehören.

Die so generierte Stichprobe an Publikationen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie stellt jedoch eine umfassende Zusammenstellung an Publikationen dar, die in den adressierten Themengebieten Fragestellungen mit einem wissenschaftlichen Anspruch beantworten. Durch einen systematischen Blick auf die Ergebnisse gelingt es, wichtige Schlussfolgerungen für zukünftige Forschungs- und Praxisprojekte zu ziehen.

3. METHODISCHES VORGEHEN DER ANALYSE

3.1 Zentrale Fragestellung der Literaturanalyse

Schwerpunkte der vorliegenden Literaturanalyse sind die Zusammenfassung der Ergebnisse aller recherchierten Studien sowie die Identifikation von Forschungslücken, welche anhand der Zusammenschau der Ergebnisse und ihrer systematischen Analyse sichtbar werden. Zur inhaltlichen Analyse wurden hinsichtlich der gewählten Schwerpunkte zentrale Fragestellungen an die Publikationen entwickelt:

- Was ist das Ziel der Studie?
- Was sind zentrale Ergebnisse und Erkenntnisse der Studie?
- Welche Forschungslücken wurden in den einzelnen Studien benannt?

Ergänzt wurden diese drei Leitkategorien durch die Zuordnung des jeweiligen **Schwerpunktes** (Engagementförderung, Demokratiestärkung, Engagement und Demokratiestärkung) und das Herausarbeiten der verwendeten **Methodik** der jeweiligen Studie, der genannten *Finanzierung* sowie der formulierten **Handlungsanweisungen bzw. ergriffenen Maßnahmen**. Zur besseren Kontextualisierung der Ergebnisse und Studien wurden die jeweiligen **Regionen der Studiendurchführung** und die **Projektlaufzeiten** ebenfalls betrachtet. Alle genannten ergänzenden Informationen zu den einzelnen Studien sind tabellarisch im Online-Anhang⁹ aufgelistet. Zusätzlich ist in der Tabelle im Online-Anhang ersichtlich, wer die **Adressat*innen** der einzelnen Studien sind sowie der Hinweis **Empfehlenswert für**, um das schnelle Auffinden relevanter Publikationen für die eigene Arbeit zu erleichtern.

⁸ Studien, auf die online zwar verwiesen wurde, diese jedoch weder online, noch in einer Bibliothek innerhalb Deutschlands zugänglich bzw. im Verlag vergriffen waren, konnten nicht mit in die Analyse einbezogen werden.

⁹ Der Online-Anhang mit einer Darstellung der Hauptergebnisse aller Einzelstudien, welche in der vorliegenden Literaturanalyse betrachtet wurden, findet sich unter: <https://www.laendlicher-raum.info/material-und-links/idz-analyse> (BBE) oder unter: <https://www.idz-jena.de/forschungsprojekte/literaturanalyse-engagementfoerderung-demokratiestaerkung-laendlicher-raum/> (IDZ).

3.2 Vorgehen der Analyse

Hinsichtlich des gewählten Analysefokus wurden die analysierten Studien zunächst den Schwerpunkten **bürgerschaftliches Engagement** (35 Studien), **Demokratiestärkung** (16 Studien) oder **bürgerschaftliches Engagement und Demokratiestärkung** (9 Studien) zugeordnet.

Schwerpunktthemen der Studien	Nummern der Studien
Bürgerschaftliches Engagement ($n = 35$)	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35
Demokratiestärkung ($n = 16$)	36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51
Bürgerschaftliches Engagement und Demokratiestärkung ($n = 9$)	52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60

Tabelle I: Erste schwerpunkttthematische Sortierung der analysierten Studien (N = 60)

Anschließend wurden die zentralen Ziel- bzw. Fragestellungen der Studien aufgenommen, um in einem weiteren Schritt zentrale Ergebnisse mit einem Schwerpunkt auf Demokratiestärkung und/oder Engagement(-förderung) zu ermitteln. Ein letzter Schritt beinhaltete die Analyse der zentralen Forschungslücken.

Für die Darstellung der Ergebnisse aus allen analysierten 60 Studien wurde ergänzend zum zentralen Ergebniskapitel (Kapitel 5) eine tabellarische Darstellung in einem Online-Anhang erstellt¹⁰. Diese Auflistung umfasst nicht alle einzelnen Ergebnisse der Studien, sondern nur die Hauptbefunde mit Schwerpunkt Demokratiestärkung und/oder Engagement(-förderung).

Ermittelte Forschungslücken werden aufgrund der inhaltlichen Zusammenhänge in Kapitel 6 studienübergreifend diskutiert. Für die Identifikation der Forschungslücken wurden die Studien unter folgenden Fragestellungen bearbeitet:

- Was sind Empfehlungen für zukünftige Forschungsprojekte?
- Welche zentralen Forschungslücken werden explizit genannt?

Diese deskriptive Ebene wurde daraufhin um eine weitere, interpretative Ebene ergänzt (Fragestellung: Welche ungenannten Forschungslücken ergeben sich aus der Analyse der vorliegenden Studien?), mit dem Ziel, Leerstellen der Forschung zu identifizieren, um Möglichkeiten und Potenziale für neue Forschung zu benennen.

3.3 Zusätzlich erhobene Informationen aus den Studien (im Online-Anhang)

Neben der Fokussierung auf Ergebnisse und Forschungslücken des Themendreiecks wurde die Beschreibung der Methodik durch einige ergänzende Kategorien erweitert (siehe Tabelle im Online-Anhang¹¹). Die kurze Darstellung der **Methodik** der Studien bietet (je nachdem welche Informationen gegeben wurden) beispielsweise die Möglichkeit, einen Überblick über die untersuchte Fallzahl zu erlangen. Sie erlaubt auch Rückschlüsse über quantitatives oder qualitatives Vorgehen und kann so zur besseren Einordnung der Ergebnisse beitragen. Die Erhebung des genannten **Zeitraums der Studiendurchführung** in Verbindung mit der, wenn gegeben, **Projektlaufzeit** und der **genannten Finanzierung** lassen ebenfalls interessante Rückschlüsse zur Kontextualisierung der Studien zu: lange Projektlaufzeiten und großzügige Finanzierung ermöglichen

¹⁰ Siehe: <https://www.laendlicher-raum.info/material-und-links/idz-analyse> (BBE) oder unter: <https://www.idz-jena.de/forschungsprojekte/literaturanalyse-engagementfoerderung-demokratiestaerkung-laendlicher-raum/> (IDZ).

¹¹ Ebd.

anderes Forschen als kurze Projektlaufzeiten oder finanziell gering bzw. gar nicht geförderte Forschungsvorhaben (z.B. wissenschaftliche Abschlussarbeiten). Auch die **Region**, in der die Studie durchgeführt wurde, kann Aufschluss über den Kontext der jeweiligen Studie, Problemlage und Fokussierung der Forschung geben. So sind beispielsweise in Rheinland-Pfalz 90 % der Organisationen Traditionsvereine; in Berlin hingegen hat sich circa die Hälfte der Organisationen in diesem Bereich erst im Verlauf der letzten zehn Jahre gegründet. Die regionalen Unterschiede der organisierten Zivilgesellschaft sind also in Deutschland erheblich (Staatskanzlei Rheinland-Pfalz 2015, Nr. 28).

Die Kategorien **Handlungsempfehlungen**, **Adressat*innen** und **Empfehlenswert für** wurden erhoben, um die „praktisch-politische Dimension“ der Studien zu veranschaulichen, welche handlungsorientierte Hinweise auf Verwendung der Studienergebnisse und genannte praktische Handlungsanweisungen zusammenfassen. Unter **Adressat*innen** wurde angegeben, an wen sich die Studie richtet und wer Untersuchungsgruppe der Studie war. Unter **Empfehlenswert für** wurde versucht, für die Studien zentrale Verwendungsmöglichkeiten über die evaluierten Ergebnisse hinaus zu benennen. In der Kategorie **Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)** werden bereits ergriffene praktische Maßnahmen aufgeführt sowie Empfehlungen, die aus den jeweiligen Ergebnissen der Studien abgeleitet wurden, zusammengefasst.

4. GRENZEN DER LITERATURANALYSE

4.1 Zur Problematik der Definition(en)

Im Rahmen dieser Literaturanalyse ergeben sich einige Schwierigkeiten, mit denen in zukünftigen Forschungsprojekten ein Umgang gefunden werden muss. Bezüglich der zu analysierenden Literatur verdeutlichen sich einige Problemstellungen insbesondere hinsichtlich der heterogenen, nicht genannten oder auch nicht vorhandenen Definitionen und Abgrenzungen der zu untersuchenden Schlagworte und Themen *freiwilliges, bürgerschaftliches oder zivilgesellschaftliches Engagement*. Dies wird auch in der analysierten Literatur diskutiert (siehe zur Abgrenzungsproblematik von Engagement, Ehrenamt und lokalem Aktivwerden z.B. Haschke 2018, Nr. 16). Aufgrund der hohen Heterogenität der Studien – sowohl was Begrifflichkeiten, Zugänge in Bezug auf die Erhebungsmethoden als auch inhaltliche Zielsetzungen und Ergebnisse angeht – wurde sich auf die jeweilige (genannte oder nicht genannte) Eigen- bzw. Selbstdefinitionen der jeweiligen Studien bezogen. So ging es im Rahmen der Literaturanalyse nicht vordergründig darum, kritisch zu diskutieren, was beispielsweise unter Engagement und Demokratiestärkung zu verstehen ist und was nicht, wenngleich dieser Aspekt in der Analyse nicht gänzlich unbeleuchtet bleiben kann (siehe Kapitel 6).

4.2 Zur Problematik der Heterogenität der Forschungsansätze

Des Weiteren ist zu bemerken, dass (wissenschaftliche) Qualität und Reichweite der Studien äußerst unterschiedlich sind. Dies gilt sowohl für Erhebungsmethoden als auch Zugänge zum Feld, genau wie für die Übertragbarkeit der Ergebnisse.

Grundsätzlich wurden Studien aufgenommen, die eine erkennbare wissenschaftlich relevante Fragestellung mit Bezug zu Demokratiestärkung oder Engagement und ländlichem Raum haben (entscheidend war hier wie oben beschrieben die Eigen-/Selbstdefinition der Studien) sowie eine erkennbare Erhebungsmethodik (hierbei reicht der Rahmen von Sekundäranalysen vorhandener Literatur oder Diskursanalysen bis zu eigens erhobenen Daten mit Methoden der empirischen Sozialforschung). Das analysierte Material reicht somit von kürzeren, evaluierten Ergebnisberichten über Master-Abschlussarbeiten und Dissertationen bis hin zu von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studien oder umfangreichen Praxis-Forschungsprojektberichten, z.B. des Thünen-Instituts.

Weitere Publikationen, die zwar in der Literaturrecherche gefunden, jedoch die Erhebungskriterien nicht erfüllten, wurden als *sonstige Literatur* kategorisiert und sind in Literaturkapitel 10 aufgelistet.

5. ZENTRALE ERGEBNISSE DER LITERATURANALYSE

5.1 Einstieg

Aufgrund der Heterogenität der Studien und ihrer Ergebnisse werden im Folgenden sieben Themenbereiche fokussiert: Rahmende Faktoren des Engagements im ländlichen Raum, Zusammenschlüsse und Arten von Engagement, Vereine als Träger bürgerschaftlichen Engagements, fördernde Faktoren bürgerschaftlichen Engagements, Wahl des Engagementfeldes und Motivation Engagierter, hemmende Faktoren bürgerschaftlichen Engagements sowie Rechtsradikalismus als Herausforderung für Demokratie und Zivilgesellschaft.¹²

5.2 Schwerpunkte der Studien

Für einen ersten Einstieg wurde eine (vereinfachende) Kategorisierung der analysierten Studien erstellt. Ein Großteil der Studien untersucht zentral engagementfördernde bzw. -hemmende Faktoren oder auch die Motivation Engagierter für ihre Tätigkeit im ländlichen Raum (siehe Tabelle II, 1.). Häufig werden auch die Engagementstruktur (z.B. Struktur von Initiativen, Vereinen) bzw. die Vernetzung der Engagierten selbst in den Fokus genommen (siehe Tabelle II, 2.). Bei zahlreichen Studien handelt es sich um Evaluationen und Auswertungen von Strukturentwicklungsprogrammen oder Förderplänen (siehe Tabelle II, 3.). Viele der Studien mit dem Schwerpunkt Demokratiestärkung beschäftigen sich inhaltlich mit Rechtsradikalismus(-prävention) und den Herausforderungen von demokratiegefährdenden extrem rechten Strukturen im ländlichen Raum (siehe Tabelle II, 5.).

Nur sehr wenige Studien analysieren differenzierter nach unterschiedlichen Akteur*innengruppen. Eine einzige Studie fokussiert Frauen (Frauenbildungsnetz Mecklenburg-Vorpommern e. V. 2016, Nr. 54). Studien zu Migrant*innen thematisieren diese überwiegend nicht als aktiv selbst engagierte Personen, sondern als Zielgruppe von Engagement (Schader-Stiftung 2014, Nr. 46; Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. 2017, Nr. 52). (Selbst-)kritisch wird dies bei der Erhebung der Schader-Stiftung (2014: 56, Nr. 46) reflektiert.

Schwerpunktthemen der Studien	Nummern der Studien
1. Engagementfördernde und -hemmende Faktoren, Motivation Engagierter	1, 2, 5, 8, 9, 10, 13, 14, 15, 17, 20, 21, 22, 25, 26, 29, 30, 33, 34, 47, 56, 59, 60
2. Engagementstruktur und Vernetzung Engagierter	2, 3, 5, 11, 12, 14, 17, 20, 24, 28, 29, 33, 34, 35
3. Engagement mit Schwerpunkt Strukturentwicklung und Programmevaluation	2, 4, 6, 11, 12, 13, 16, 18, 23, 27, 30, 31, 32, 38, 44, 53, 58
4. Allgemeine Demokratiestärkung	38, 44, 53
5. Demokratiestärkung mit Schwerpunkt Rechtsradikalismus	36, 37, 38, 41, 43, 49, 50, 57
6. Demokratiestärkung mit Schwerpunkt Schule/Schüler*innen bzw. Jugendliche und Kinder	40, 42, 43, 48, 49, 51

¹² Eine differenzierte Auflistung aller Ergebnisse auf Einzelstudienbene ist der Tabelle im Online-Anhang zu entnehmen.

7. Engagement mit Schwerpunkt auf Kulturpolitik- und Förderung	16, 19, 55
8. Demokratiestärkung und Engagement mit inhaltlicher Ausrichtung auf Integration, Migrant*innen und Geflüchtete	45, 47, 52
9. Engagement und Religionsgruppen, spezifisch: Muslim*innen	39
10. Demokratiestärkung und Engagement mit Schwerpunkt Frauen	54

Tabelle II: Differenzierte Auflistung der Erkenntnisgegenstände (Mehrfachkategorisierungen möglich)

Im Folgenden sollen zunächst rahmende Faktoren der Untersuchungsgegenstände erläutert werden, um anschließend auf zentrale Ergebnisse der Studien einzugehen. Die zentralen Ergebnisse wurden nach Themenschwerpunkten gegliedert: fördernde und hemmende Faktoren für Demokratiestärkung und Engagement(-förderung) im ländlichen Raum, Typen von Engagement und Vereine als Träger von Engagement und Demokratiestärkung sowie Rechtsradikalismus als Herausforderung für Demokratie und Zivilgesellschaft.

5.3 Rahmende Faktoren: Demografischer Wandel und Strukturabbau

Als Problemkontext und Analyserahmen wird in der analysierten Literatur sehr häufig der besonders in ländlichen Räumen prägende demografische Wandel sowie der Strukturabbau bzw. der Wandel von Wohlfahrtsstaatlichkeit genannt. Diese beiden Faktoren sind zentrale Problemstellungen vieler Studien und oftmals Ausgangspunkt der Untersuchungen (siehe z.B. Haschke 2018, Nr. 16; ZiviZ 2018, Nr. 35; Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. 2017, Nr. 52; Güldemann 2016, Nr. 14; Zielske 2016, Nr. 34; Thünen-Institut 2013, Nr. 31; Koch 2011, Nr. 22; Neu 2011, Nr. 24). Die Mehrzahl der Studien fokussiert vor allem periphere ländliche Räume. Weniger betrachtet werden andere ländliche Räume (z.B. im Stadtumland), die nicht bzw. in geringerem Ausmaß vor diesen Problemen stehen.

Immer wieder wird in peripheren ländlichen Räumen der demografische Wandel als Problem ausgemacht und mit negativen Folgen in Verbindung gesetzt. Zentrale Aussagen des Themenkomplexes sind die reduzierte Grundversorgung, z.B. in Bezug auf Infrastruktur, medizinische Versorgung, aufgrund der Alterung der Gesellschaft und Abwanderung (insbesondere jüngerer; siehe u.a. Haschke 2018, Nr. 16; Eisentraut 2009, Nr. 11) sowie damit verbunden die Abnahme der Lebensqualität (siehe z.B. ZiviZ 2018, Nr. 35).

Abwanderung jüngerer Menschen findet auch in Folge des Strukturabbaus im ländlichen Raum statt. Jugendliche wandern auch dann ab, wenn sie vorher in Vereinen integriert und engagiert waren und dort soziales Kapital gebildet haben (Eisentraut 2009, Nr. 11). Schwarzenberg, Miggelbrik und Meyer (2017, Nr. 27) kommen zu dem Schluss, dass die Abwanderung junger Menschen zu einer instabilen Vereinslandschaft führt. Insbesondere Erwerbstätige und Familien mit Kindern sind wichtige Träger*innen von Engagement und fehlen in ländlichen Räumen als wertvolle Ressource der sozialen Gestaltung und Integration, sodass strukturschwache Regionen immer mehr unter Druck geraten (TNS Infratest Sozialforschung 2014, Nr. 33).

Durch den Strukturabbau bzw. den Rückzug des Staates werden Versorgungslücken sichtbar, die durch anderweitige Akteur*innen gefüllt werden müssen. Es kommt zu einer schleichenden Ausdehnung ehrenamtlichen Engagements: was früher Kommunen geleistet haben, wird mehr und mehr von Ehrenamtlichen übernommen (Schwarzenberg/Miggelbrik/Meyer 2017, Nr. 27). Alisch (2018, Nr. 2) untersucht hierbei die Notwendigkeit von regionalen Hilfestrukturen im Alter und betont neben sichtbaren Tätigkeiten auch die Wichtigkeit und Relevanz unsichtbarer Arbeit. Auf Grundlage der Einstimmigkeit über den Strukturabbau in der Bevölkerung kommt es zur Gründung von Hilfevereinen: Engagierte sprechen an, dass sie einen Standard bewahren möchten, weswegen sie ehrenamtlich Aufgaben übernehmen (Schwarzenberg/Miggelbrik/Meyer 2017, Nr. 27). Somit hat sich in ländlichen Räumen eine bürgerschaftliche Infrastruktur ganz eigener Art entwickelt, welche die wenig ausgebaute öffentliche und kommerzielle Infrastruktur kompensiert (TNS Infratest Sozialforschung 2014, Nr. 33). Dabei schwingt jedoch die Gefahr mit, dass bürgerschaftliches Engagement zunehmend in die Verantwortung gezogen wird: Bürger*innen sollen dort einspringen, wo der Staat sich zurückzieht. Lessenich (2013) spricht hier von einer zunehmenden „moralischen Verpflichtungssemantik“, die im Widerspruch zur vermeintlichen Freiwilligkeit von Engagement steht (vgl. auch Vandamme 2008).

Dabei schwingt jedoch die Gefahr mit, dass bürgerschaftliches Engagement zunehmend in die Verantwortung gezogen wird: Bürger*innen sollen dort einspringen, wo der Staat sich zurückzieht.

In der Literatur wird immer wieder die zunehmende Erwartungshaltung gegenüber Vereinen und Engagement betont, zentrale gesellschaftspolitische Herausforderungen zu lösen, obgleich sie diesen ebenso ausgesetzt sind wie die Gesellschaft insgesamt (Staatskanzlei Rheinland-Pfalz 2015, Nr. 28). Bürgerschaftliches Engagement kann jedoch nicht als beliebig verwendbare Ressource betrachtet werden und den Rückbau staatlicher Infrastruktur übernehmen (TNS Infratest Sozialforschung 2014, Nr. 33; Schmied/Born/Bombeck 2011, Nr. 24).

Ebenso wenig kann Projektförderung eine langfristig angelegte und verlässliche Politik ersetzen (Thünen-Institut 2016, Nr. 32; Thünen-Institut 2014, Nr. 30). Stattdessen sollte die Funktionalisierung von Engagement als Bewältigungsstrategie für die Herausforderungen des ländlichen Raums kritisch beleuchtet werden (Haschke 2018, Nr. 16; Schmied/Born/Bombeck 2011, Nr. 24; Henkel/Schmied 2009, Nr. 7).

Engagement kann jedoch nicht als beliebig verwendbare Ressource betrachtet werden und den Rückbau staatlicher Infrastruktur übernehmen.

Keine Region ist wie die andere, sodass individuelle Lösungen gefunden werden müssen. Dies zeigt sich auch durch stark abweichende Ergebnisse wie in einer Studie zu Kleinstgemeinden in Rheinland-Pfalz, in der die Bürgermeister*innen von 100 Gemeinden befragt wurden, die 2013 eine Einwohner*innenzahl von 11-78 vorwiesen. Forschungsfrage war hierbei, inwiefern Gemeinden sich auf den demografischen Wandel vorbereiten oder durch den Abbau der Infrastruktur beeinflusst werden. In keinem der Interviews fiel der Begriff ‚demografischer Wandel‘. Die Gemeinden beschäftigen sich mit tagesaktuellen, lokalen Themen und weniger mit einer Zukunftsvision hinsichtlich des demografischen Wandels. Die Gemeinden sind in der Lage oben beschriebene Lücken in der Versorgung zu übernehmen: durch das Engagement der Dorfgemeinschaft entstehen nach Einschätzung der Bürgermeister*innen keine signifikanten Engpässe, sodass sich die Bürger*innen gut versorgt fühlen (Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. 2016: 7, Nr. 12). Dieses Gefühl wird vermutlich dadurch beeinflusst, dass ein großer Teil der Gemeinden nicht an das Netz des ÖVPN angeschlossen ist und somit nachbarschaftliche Hilfestrukturen etabliert sind bzw. sich etablieren mussten. Ebenfalls zeigt sich in dieser Studie, dass nicht allein die Einwohner*innenzahl für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde relevant ist. Engagement, Nachbarschaftshilfe und Kooperationen spielen eine wesentliche Rolle.

5.4 Zusammenschlüsse und Arten von Engagement

Vorrangiges Ziel zahlreicher Studien ist die Identifikation begünstigender und hemmender Faktoren für bürgerschaftliches Engagement. Nach einer kurzen Erläuterung unterschiedlicher Typen von Engagementzusammenschlüssen, die in unterschiedlichster Form in allen Studien auftauchen, jedoch vom Thünen-Institut und urbanizers (2014, Nr. 29) in besonders umfangreichem Maße abstrahiert wurden (Abbildung 1), werden im Folgenden zentrale Ergebnisse der Literaturliteraturanalyse vorgestellt.

Vier Typen von Zusammenschlüssen von Engagement

Die Engagementlandschaft im ländlichen Raum ist vielfältig. Das Thünen-Institut arbeitete in Kooperation mit urbanizers (2014, Nr. 29) ein Cluster aus, das zum Verständnis der Vereinslandschaft erheblich beitragen kann. Es wurde eine Kategorisierung von vier Typen von Engagementzusammenschlüssen vorgenommen, die sich in *Stützpfeiler*, *Alltagshelden*, *Leuchttürme* sowie *Gestalter* unterteilen lassen (Abbildung 1).



Abbildung 1: Cluster verschiedener Typen von Engagementzusammenschlüssen.
Quelle: Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V./urbanizers 2014: 14, Nr. 29.

Stützpfeiler sind Engagementzusammenschlüsse in Form von stark formalisierten Gruppen mit von außen vorgegebener Struktur und einer Finanzierung durch Dritte, deren Organisationsaufgaben nicht von Beteiligten übernommen werden müssen. Die Gruppen übernehmen teilweise hoheitliche Aufgaben, wobei diese Aufgaben größtenteils überörtlich bestimmt werden. Beispiele sind die Freiwillige Feuerwehr oder Kirchen.

Alltagshelden sind Zusammenschlüsse, die in überörtliche Strukturen eingebettet sind. Sie bieten die Möglichkeit der Partizipation ohne strukturgebende Aufgaben wahrzunehmen und sind größtenteils im Bereich der Freizeitgestaltung angesiedelt. Beispiele sind Sportvereine, Kleingartenvereine, Tierzuchtvereine, die Volkssolidarität oder das Deutsche Rote Kreuz.

Leuchttürme sind Zusammenschlüsse, die von überörtlichen Strukturen unabhängig agieren. Sie sind selbstorganisiert vor Ort, d.h. die Gruppe kann nur bestehen, wenn sich die Mehrzahl ihrer Mitglieder aktiv an strukturgebenden Aufgaben beteiligt. Die Aktivitäten der Gruppe knüpfen direkt an den jeweiligen Ort an, beispielsweise in Form von Musik- oder Theatervereinen, Plattdeutschgruppen, Heimat- und Dorfvereinen.

Gestalter sind Zusammenschlüsse, die Ideen in Eigeninitiative entwickeln. Sie fokussieren die Entwicklung des Ortes über einzelne Themen hinaus und/oder setzen diese in Beziehung zum demografischen Wandel. Sie haben eigene Entwürfe für die Gemeindeentwicklung und agieren teilweise widerständig und aus Unzufriedenheit heraus, entwickeln daraus aber konstruktive Impulse. Beispiele sind Gemeinschaften freier Wähler*innen oder Vereine, die nach zukunftsfähigen Wegen der Dorfentwicklung suchen.

Drei Typen bürgerschaftlichen Engagements

Engagementzusammenschlüsse können unterschiedliche Formen von Engagement umsetzen. Das Verhältnis Engagierter zu Verwaltungen sind für gelingendes bürgerschaftliches Engagement von zentraler Bedeutung. Das Thünen-Institut und urbanizers (2014, Nr. 29) unterscheiden hinsichtlich des Verhältnisses Engagierter zu den Gemeindeverwaltungen drei Typen bürgerschaftlichen Engagements:

- Engagement in der kooperativen, etablierten Bürgerschaft
- bürgerschaftliches Engagement auf Inseln
- bürgerschaftliches Engagement als Motor der Entwicklung

Engagement in der *kooperativen, etablierten Bürgerschaft* zeichnet sich durch eine starke Kooperation mit der Verwaltung aus und basiert auf gegenseitigem Vertrauen und gemeinsamen Ziele. Im Rahmen des Engagements in der kooperativen, etablierten Bürgerschaft besteht große gegenseitigen Achtung, insbesondere im Wissen um die Bedeutung der örtlichen Zivilgesellschaft. Es findet eine gemeinsame Planung von Events statt.

Kennzeichnend für *bürgerschaftliches Engagement auf Inseln* ist die Schwierigkeit, vor Ort aufgrund von umkämpften Ressourcen tragfähige Handlungszusammenhänge zu etablieren. Grundsätzlich wird bürgerschaftliches Engagement aber anerkannt.

Charakteristisch für *bürgerschaftliches Engagement als Motor der Entwicklung* ist die Rolle der 'Gestalter'. Im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements als Motor der Entwicklung werden Themen unter Umständen erstmal auch ohne Absprache mit der Gemeindeverwaltung umgesetzt und gegen eingefahrene Strukturen der Gemeindeverwaltungen gearbeitet, wodurch es durchaus zu Konflikten kommen kann.

5.5 Vereine als Träger bürgerschaftlichen Engagements

Vereine sind weiterhin zentrale Orte bürgerschaftlichen Engagements. Zwar sind die regionalen Unterschiede der organisierten Zivilgesellschaft erheblich (Staatskanzlei Rheinland-Pfalz 2015, Nr. 28), insbesondere in ländlichen Räumen spielen Vereine aber weiterhin eine tragende Rolle. So sind z.B. in kleinen Gemeinden mit unter 5.000 Einwohner*innen fast alle (94 %) zivilgesellschaftlichen Organisationen Vereine (nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung 2018, Nr. 25). In ländlichen Regionen kommen beispielsweise kulturellen Vereinen (z.B. Musikverein) eine wichtige Doppelfunktion zu: Einerseits dienen sie der Freizeitgestaltung und befriedigen das Bedürfnis nach Geselligkeit, andererseits decken sie Teile der Kulturversorgung und der kulturellen Bildung in der Region ab (Deutscher Bundestag 2002: 79ff.).

Die Studie des ZiviZ „Vereinssterben in ländlichen Regionen – Digitalisierung als Chance“ (2018, Nr. 35) gibt an, dass sich seit 2006 15.547 Vereine in ländlichen Regionen aufgelöst haben und neue Vereine überwiegend in der Stadt gegründet wurden. Dennoch kann statistisch gesehen nicht von einem Engagementrückgang als ländliches Phänomen gesprochen werden (Hameister/Tesch-Römer 2016: 539, Nr. 15; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010: 97), da der Anteil freiwillig engagierter Menschen im ländlichen Raum kontinuierlich ansteigt, was mit einem Unterangebot an kommerzialisierten Freizeitangeboten im ländlichen Raum zusammenhängen könnte (BMFSFJ 2010: 98). Diese zunächst widersprüchlich klingenden Angaben klären sich, wenn berücksichtigt wird, dass im Freiwilligensurvey Engagement nicht vereinsgebunden analysiert wird.

Was Anspruch und Haltung gegenüber der Tätigkeit bzw. des Engagements in Vereinen angeht, kommen die untersuchten Publikationen zu den Ergebnissen, dass sich vermehrt eine Dienstleistungsmentalität bemerkbar macht. So besteht laut Alisch (2018, Nr. 2) eine Spannung zwischen dem Dienstleistungscharakter der Vereine und dem Wunsch nach Geselligkeit. Die im Auftrag der hessischen Landesregierung herausgegebene Studie „Ehrenamt sicher in die Zukunft“ Ehrenamtliche Vereinsvorstände und Führungskräfte im ländlichen Raum gewinnen und halten“ (2015, Nr. 17) ermittelte eine zunehmende Dienstleistungsmentalität der Mitglieder und deren vermehrtes Selbstverständnis als Kund*innen mit dem Anspruch des bezahlten Vereinsbeitrages und einer daraus abgeleiteten Konsumerwartung. Des Weiteren stehen Vereine vor der Herausforderung mit immer weniger Aktiven auskommen zu müssen, was zu einer Überlastung dieser führt (Bund der Deutschen Landjugend e.V. 2017, Nr. 50; nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung 2018, Nr. 25; ZiviZ 2018, Nr. 35; Schubert 2018, Nr. 26). In ländlichen Regionen ist dabei zu beobachten, dass ansässige Vereine überwiegend mit rein ehrenamtlichen Strukturen arbeiten (drei von vier Vereinen), während in Städten die so bezeichnete Servicekultur in Form von Unterstützung durch Hauptamtliche eher zunimmt (ZiviZ 2018, Nr. 35).

5.6 Fördernde Faktoren bürgerschaftlichen Engagements

Ziel einer größeren Anzahl von Studien ist das Herausarbeiten von Bedingungen gelingenden Engagements bzw. von Faktoren, die ein eben solches hemmen. Oben wurde bereits die Problematik der hohen Kontextabhängigkeit der jeweiligen Ergebnisse angedeutet. Dennoch können einige grundsätzliche Voraussetzungen und Erfolgsfaktoren für gelingendes Engagement ausgemacht werden. Die zentralen Ergebnisse des Literaturreviews werden im Folgenden erläutert¹³.

Orte sozialer Teilhabe

Es zeigt sich in den Studien, dass für gelingendes Engagement infrastrukturelle Gegebenheiten eine zentrale Rolle spielen. So wurde das Vorhandensein eines Raums oder Ortes, an dem sich getroffen werden kann, als durchweg positiv und überaus wichtig bewertet.

Für ein gelingendes Engagement ist das Vorhandensein von Orten sozialer Teilhabe als niedrigschwellige Kristallisationspunkte notwendig bzw. wirkt der Mangel eines solchen Ortes engagementhemmend. Diese Orte können beispielsweise Vereinsräumlichkeiten oder Jugendclubs sein, ebenso wie Pfarrhäuser (Sächsischer Volkshochschulverband e.V. 2018, Nr. 44; Butzin/Gärtner 2017, Nr. 9; BMFSFJ 2016, Nr. 8; Güldemann 2016, Nr. 14; Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V./urbanizers 2014, Nr. 29; Diemel/Walk 2011, Nr. 10). Auch Begegnungsorte wie Mehrgenerationenhäuser oder Frauenzentren führen zu generationsübergreifender Vernetzung und Austausch und fungieren so als engagementförderliche Faktoren (Eisentraut 2009, Nr. 11).

Für ein gelingendes Engagement ist das Vorhandensein von Orten sozialer Teilhabe als niedrigschwellige Kristallisationspunkte notwendig.

Als Rahmenkonzept zur Untersuchung und Evaluation derartiger Orte bietet sich das Soziale-Orte-Konzept an, welches derzeit in einem Forschungsprojekt am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen an der Georg-August-Universität (SOFI) weiterentwickelt wird¹⁴. Soziale Orte werden hierbei definiert als:

¹³ Für eine Darstellung der heterogenen und spezifischen Ergebnisse auf Publikationsebene: siehe Tabelle im Online-Anhang.

¹⁴ Mehr Informationen zum Projekt: <http://www.sofi-goettingen.de/projekte/das-soziale-orte-konzept-neue-infrastrukturen-fuer-gesellschaftlichen-zusammenhalt/projektinhalt/>

„[...] Orte der Begegnung und Kommunikation, an denen sich Menschen wiederholt einfinden, geplant oder spontan, sich austauschen, diskutieren, Zeit miteinander verbringen, sich kennenlernen und interagieren.“ (SOFI 2017)

Das Projekt untersucht wie sich, ergänzend zu *zentralen Orten*, die historisch aus dem hierarchisch aufgebauten Zentrale-Orte-Konzept entstanden sind (d.h. durch Infrastruktur nach der formalistischen Unterteilung in Grund-, Mittel- und Oberzentren; vgl. Kersten/Neu/Vogel 2017), ein Netz *sozialer Orte* auf horizontaler Ebene etablieren lässt, welches es schafft, den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch in ländlichen Räumen zu stärken (ebd.).

Zentrale Personen oder Persönlichkeiten

Ferner wird immer wieder die Wichtigkeit und Bedeutung von zentralen *Schlüsselpersonen* betont. Diese tauchen in unterschiedlichster Form in den Berichten auf: als Macher*innen, Ideengeber*innen, Kümmerer*innen, Mitreißer*innen. Zentral genannt werden Einzelpersonen als wichtige Impulsgeber*innen oder Anstoßgeber*innen für Entwicklungen, als „Zugpferde“ für ganze Gruppen. Vielfach wurde auch die Relevanz des*der jeweiligen Bürgermeister*in betont, wenn es darum geht bestimmte Entwicklungen voranzutreiben oder in Angriff zu nehmen (Schubert 2018, Nr. 26; Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen | Berlin SÖSTRA GmbH 2017, Nr. 20; Koch 2011, Nr. 22; Neu 2011, Nr. 24; Stöber 2010, Nr. 59; Institut Arbeit und Technik der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen-Bocholt-Recklinghausen 2015, Nr. 18).

Insbesondere bezüglich der Thematiken Integration sowie Demokratiestärkung/Prävention gegen Rechtsradikalismus kommen zahlreiche Studien zu übereinstimmenden Ergebnissen: Sie alle betonen den positiven Einfluss und die Vorbildfunktion im Falle einer klaren Positionierung der Verantwortlichen, der Bürgermeister*innen oder von zentralen Akteur*innen der Verwaltung für Integration, Zuwanderung und gegen Rechtsradikalismus (Schubert 2018, Nr. 26; Moser/Fengler/Peter 2016, Nr. 23; Henßler/Overdieck 2014, Nr. 41; Schader-Stiftung 2014, Nr. 46; Götzky 2012, Nr. 55; Koch 2011, Nr. 22; Neu 2011, Nr. 24; Paasche 2010, Nr. 43).

Finanzielle Ressourcen

Engagement ist oft von externen Geldgeber*innen oder zu beantragenden Mitteln aus Bundes- und Landesprogrammen abhängig. In vielen Studien werden eine gesicherte Finanzierung, grundsätzlich genug Finanzmittel und eine langfristige Finanzierung als positiv bewertet. Hierbei kommen verschiedene Studien zu dem Ergebnis, dass spezifisches Wissen eine entscheidende Rolle spielt. Dies kann grundsätzlicher Art sein, also, dass es überhaupt zu beantragende Mittel für bestimmte Bereiche gibt, oder auch einen Schritt konkreter: wie die jeweiligen spezifischen Antragsmodalitäten sind, um an Fördermittel zu gelangen. Dieses Wissen ist äußerst entscheidend (Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen | Berlin SÖSTRA GmbH 2017, Nr. 20; Götzky 2012, Nr. 55). Dass selbst Kleinstbeträge an hohe formale Hürden gebunden sind, wird als hemmender Faktor genannt (Thünen-Institut 2016, Nr. 32; Thünen-Institut 2014, Nr. 30; Götzky 2012, Nr. 55).

Nach Schwarzenberg, Miggelbrik und Meyer (2017, Nr. 27) führt der Umstand, dass die Finanzierung und damit die Abhängigkeit von institutionalisierter Engagementförderung eine große Rolle spielen dazu, dass die finanzielle Realisierbarkeit dem ehrenamtsbezogenen Idealismus oftmals entgegensteht. Ebenfalls kommen einige Studien zu dem Schluss, dass die selektive Finanzierung zu einer verstärkten Konkurrenz zwischen den Initiativen führt (Zielske 2016, Nr. 34; Institut Arbeit und Technik der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen-Bocholt-Recklinghausen 2015, Nr. 18) und es wird auf den Umstand hingewiesen, dass nicht mehr Geld zu verteilen ist, egal wie viele exzellente Fördermittelanträge geschrieben werden (Thünen-Institut 2016, Nr. 32; Thünen-Institut 2014, Nr. 30; Götzky 2012, Nr. 55).

Kommunikation und Netzwerk

Zahlreiche Studien heben die herausragende Wichtigkeit von Kommunikation, Vernetzung und Netzwerkarbeit hervor (Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen I Berlin SÖSTRA GmbH 2017, Nr. 20; Schader-Stiftung 2014, Nr. 46; Götzky 2012, Nr. 55; Paasche 2010, Nr. 43; Soziale Bildung e.V. 2009, Nr. 51). Diese muss aktiv hergestellt, gefördert, angeleitet und unterstützt werden. Gute Erfahrungen wurden

mit von Institutionen getragener und durch Moderation angeleiteter Kommunikation gemacht. Externe Akteur*innen können ebenfalls eine entscheidende Rolle spielen und Hilfestellung leisten. Gute Kommunikation als Voraussetzung wird nicht nur für die Ebene der Engagierten einer jeweiligen Initiative unter sich genannt, sondern auch für Vernetzung von unterschiedlichen Initiativen. Sie kann so zu Synergie-Effekten führen (Hessische Landesregierung 2015, Nr. 17). Engagement(-förderung) gelingt insbesondere dann, wenn es eine gute Kommunikation zwischen ehrenamtlich Engagierten und hauptamtlichen Strukturen, z.B. Verwaltungen gibt.

In Gegenden, die sehr dünn besiedelt sind, müssen Kommunikationsräume – „soziale Orte“ – beibehalten bzw. neue explizit geschaffen werden. Dies entsteht nicht ohne aktives Engagement (Amadeu Antonio Stiftung 2012, Nr. 3). Grundsätzlich sollten regionale Institutionen Rahmenbedingungen für die Vernetzung regionaler und lokaler Akteur*innen schaffen und die Arbeit vor Ort durch gezielte Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen unterstützen (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2017, Nr. 5).

Digitalisierung zur Schaffung virtueller Kommunikations- und Vernetzungsräume war Thema (nur) einer Studie. Digitalisierung wird für den ländlichen Raum als Chance gewertet. Diese kann über räumliche Grenzen hinweg bürgerschaftliches Engagement fördern (z.B. durch Sitzungen über Videochat). Allerdings wird festgestellt, dass viele Vereine mit der systematischen Umsetzung der Digitalisierung oft überfordert sind (ZiviZ 2018, Nr. 35).

Gelingen oben genannte Faktoren nicht bzw. finden keine Berücksichtigung oder Entsprechung kann dies zur Hemmung von bürgerschaftlichem Engagement führen. Grundsätzlich als hemmend werden weiterhin insbesondere Ressourcenknappheit sowohl hinsichtlich Engagierter als auch hinsichtlich finanzieller Mittel genannt. Für den ländlichen Raum insbesondere als relevant erweist es sich, Zugezogene für Engagement zu gewinnen und sie in die bestehenden Strukturen zu integrieren. Gelingt dies gut, können Vereine und Initiativen innovativ wirken. Gleichzeitig zeigt sich hier die Kehrseite der ländlichen Tradition: Wo sich das Engagement der Menschen an alten Gewohnheiten und Routinen orientiert, kann es dazu kommen, dass sich mobile Bevölkerungsgruppen wie jüngere und höher gebildete Menschen oder eben allgemein Zugezogene davon abgestoßen fühlen. (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2018, Nr. 6; Schubert 2018, Nr. 26; TNS Infratest. Sozialforschung 2014, Nr. 33).

5.7 Wahl des Engagementfeldes und Motivation Engagierter

Grundsätzlich ist die Quote der Engagierten in ländlichen Gebieten (45,5 %) höher als in der Stadt (42,7 %; Hameister/Tesch-Römer 2016, Nr. 15). Bei älteren Menschen sind für den Zugang zu Engagement insbesondere vermittelnde Einrichtungen von Bedeutung. So erhielt beispielsweise bei den über 65-jährigen jede*r fünfte den Anstoß zu einer ehrenamtlichen Betätigung über eine Informations- und Kontaktstelle (nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung 2018, Nr. 25).

In Gegenden, die sehr dünn besiedelt sind, müssen Kommunikationsräume – „soziale Orte“ – beibehalten bzw. neue explizit geschaffen werden.

Das Thünen-Institut kommt zum Schluss, dass sich im ländlichen Raum das Engagementprofil junger Menschen deutlich hin zu Aktivitäten verschoben hat, die sich auf die Gestaltung des lokalen und regionalen Gemeinwesens und auf soziale Dinge beziehen (Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V./urbanizers 2014, Nr. 29; Born 2009, Nr. 7).

Die gewählte Art und Weise des Engagements wird insbesondere vom sozialen Umfeld beeinflusst.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Es sieht die Engagement-motivation jedoch auch im Interesse an sozialen Kontakten generell (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2017, Nr. 5; Alisch 2018, Nr. 2). Angesprochen wird darüber hinaus, dass das Motiv für Engagement der Wunsch sein kann, den soziokulturellen und infrastrukturellen Standard des Dorfes aufrechtzuerhalten. (Schwarzenberg/Miggelbrik/Meyer 2017, Nr. 27; Born 2009, Nr. 7). Außerdem kommen die meisten Studien zu dem Schluss, dass Ansehen bzw. Anerkennung ein starker Motivationsfaktor ist (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2017, Nr. 5; Alisch 2018, Nr. 2; Zielske 2016, Nr. 34; Frauenbildungsnetz Mecklenburg-Vorpommern e.V. 2016, Nr. 54; Schader-Stiftung 2011, Nr. 45). Das Interesse an lokaler Mitbestimmung, z.B. in Form der Partizipation an Entwicklungsprozessen, die damit verbundene Wertschätzung und das Selbstwirksamkeitsgefühl der Engagierten wird als zusätzlicher Engagementmotor benannt (nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung 2018, Nr. 25; Schader-Stiftung 2011, Nr. 45; Stöber 2010, Nr. 59). Soziale Teilhabe und eine aktive Mitbestimmung rufen ein Gefühl von Nützlichkeit hervor, dass zusätzlich der Desintegration entgegenwirkt (Zielske 2016, Nr. 34).

Als motivierend wird auch die Honorierung des Engagements beschrieben, beispielsweise in Form von Ehrenamtskarten, positiven Darstellungen in den Medien oder Engagementpreisen (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2017, Nr. 5; Frauenbildungsnetz Mecklenburg-Vorpommern e.V. 2016, Nr. 54; Schader-Stiftung 2011, Nr. 45).

5.8 Hemmende Faktoren bürgerschaftlichen Engagements

Neben fördernden Faktoren, die im Umkehrschluss auch hemmend wirken, wenn sie nicht gegeben sind, wurden in einigen Studien auch weitere hemmende Faktoren angesprochen bzw. herausgearbeitet.

Engagement und soziale Ungleichheit

Grundsätzlich sind Engagierte gut bzw. besser ausgebildet und qualifiziert, besser formal gebildet und erwerbstätig. In Regionen mit geringer Arbeitslosigkeit engagieren sich mehr Menschen als in Regionen mit hoher Erwerbsarbeitslosigkeit (Hameister/Tesch-Römer 2016, Nr. 15; Alex 2016, Nr. 1; Kietzmann/Bischoff/Schmidt 2016, Nr. 21; Güldemann 2016, Nr. 14; Stöber 2010, Nr. 59). Die Ergebnisse in ländlichen Räumen weichen, was den Bildungsstand angeht, kaum von den Ergebnissen aus der Stadt ab. Güldemann (2016, Nr. 14) konnte herausarbeiten, dass weniger qualifizierte Menschen Zugangsängste (z.B. Angst vor Ausgrenzung) haben und sich deswegen weniger engagieren, obgleich sie genauso qualifiziert wären. Das nexus - Institut und die Autor*innen des Freiwilligensurveys schlussfolgern, dass freiwilliges Engagement zu einer Verstärkung ohnehin bestehender sozialer Ungleichheit beitragen kann (nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung 2018, Nr. 25; Simonson/Vogel/Tesch-Römer 2016; vgl. auch Thünen-Institut 2014, Nr. 30).

Wo Ausgrenzungstendenzen wirken, kann – nach Ansicht der Sachverständigen – auch das freiwillige Engagement, das der gesamten Gesellschaft dienen soll, zur Vergrößerung und Verfestigung sozialer Ungleichheit beitragen. (BMFSFJ 2016: 9, Nr. 8)

Darüber hinaus wird freiwilliges Engagement zunehmend als Qualifikation hinsichtlich der beruflichen Zukunft und als karrierefördernder Punkt im Lebenslauf wahrgenommen und genutzt (Zielske 2016, Nr. 34).

Engagement und Migrationshintergrund

Ergebnisse zu Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund im ländlichen Raum wurden bei der Recherche nicht gefunden. Im Freiwilligensurvey 2014 wurde zwar auch das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund fokussiert, jedoch nicht mit spezifischem Bezug zum ländlichen Raum. Es ist jedoch anzunehmen, dass sich die Ergebnisse auch auf den ländlichen Raum übertragen lassen: Laut Freiwilligensurvey 2014 engagieren sich in Deutschland geborene Menschen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, in fast dem gleichen Umfang wie Menschen ohne Migrationshintergrund (43,2 %; ohne Migrationshintergrund: 46,8 %). Nicht in Deutschland geborene Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft engagieren sich am geringsten (21,7 %). Auffällig ist jedoch, dass 13,6 % der Menschen mit Migrationshintergrund „sicher bereit [sind], sich künftig engagieren zu wollen“ (ohne Migrationshintergrund: 10,8 %). Außerdem liegt die Anzahl derer, die „künftig vielleicht [bereit sind sich] zu engagieren“ bei 54,5 % (ohne Migrationshintergrund: 45,0 %; Simonson/Vogel/Tesch-Römer 2016: 579). Die Zahlen des Freiwilligensurveys sind jedoch von 2014. Aufgrund der Migrationsbewegung ab 2015 in Deutschland und die Debatten darüber wäre es interessant zu überprüfen, ob hier eine Veränderung im neuen Freiwilligensurvey 2019 zu verzeichnen ist.

Wenn Studien erscheinen, dann über Menschen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe von Engagement oder die Integrationspolitik als Herausforderung für kommunale Verwaltungsstrukturen (Schader-Stiftung 2014, Nr. 46; Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. 2017, Nr. 52). Die Untersuchung des Migrationshintergrundes als Hemmnis für das eigene Engagement fand bisher in der Engagementforschung kaum statt. Als Einzige der analysierten Publikationen behandelt die Studie „Musliminnen und Muslime in ländlichen Räumen in Sachsen, Sachsen-Anhalt

Wenn Studien erscheinen, dann über Menschen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe von Engagement oder die Integrationspolitik als Herausforderung für die kommunalen Verwaltungsstrukturen.

und Thüringen. Wie kann Verwaltung neue Aufgaben gut meistern?“ (Friedrich-Ebert-Stiftung 2018, Nr. 39) das Engagement von Muslim*innen in Ostdeutschland (als eine Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund) als Teilaspekt, beschäftigt sich jedoch weitestgehend mit Handlungsempfehlungen für Kommunen. In diesem Zusammenhang wurde jedoch erhoben, dass die meisten religiösen Gemeinden durch freiwilliges Engagement getragen werden und sich des Weiteren durch den Zuzug von Menschen muslimischen Glaubens neue Gemeinden bilden, sodass sich hier ein neues Engagementfeld innerhalb der Communities eröffnet (Friedrich-Ebert-Stiftung 2018: 18f., Nr. 39). Das Engagement von Geflüchteten im ländlichen Raum als Integrationsmotor wurde in einer aktuellen Studie des AWO Landesverbandes Sachsen untersucht (Röder 2019).

Engagement und Geschlecht

Männer engagieren sich mehr als Frauen. Dieser Unterschied zeigt sich verstärkt im ländlichen Raum: Während im städtischen Raum der Abstand zwischen diesen beiden Geschlechtern 2,7 Prozentpunkte beträgt (Frauen: 41,4 %, Männer: 44,1 %), liegt diese Differenz in ländlichen Gebieten bei 7,0 Prozentpunkten (Simonson/Vogel/Tesch-Römer 2016: 579). Eine der wenigen Studien, die sich mit den Zusammenhängen von Geschlecht und Engagement befasst, kommt zu dem Ergebnis, dass für Frauen immer noch Unvereinbarkeitsthematiken eine zentrale Rolle spielen und als hemmende Faktoren wirken. Genannt werden beispielsweise mangelnde Kita-Plätze bzw. zu kurze Öffnungszeiten sowie allgemein zu wenig Unterstützung (Frauenbildungsnetz Mecklenburg-Vorpommern e. V. 2016, Nr. 54). Gerade junge qualifizierte Frauen verlassen Orte mit einer gering ausgeprägten Infrastruktur (Zielske 2016: 77, Nr. 34).

Engagement und Rechtsradikalismus

Gerade in Regionen, in denen keine ausgeprägte Engagementinfrastruktur vorliegt, sind extrem rechte Parteien, Strukturen und Akteur*innen besonders stark und können niedrigschwelliger Posten in den sterbenden Vereinen übernehmen, die Probleme mit der Vereinsvorstandsbesetzung haben (Zielske 2016: 77, Nr. 34). Sie können so Lücken füllen und ihr Gedankengut verbreiten. Die Herausforderungen für die Zivilgesellschaft, die im Zusammenhang mit der extremen Rechten spezifisch im ländlichen Raum auftreten, werden im Folgenden genauer beleuchtet.

5.9 Herausforderung für Demokratie und Zivilgesellschaft: Rechtsradikalismus

Die Studien zum Thema Demokratiestärkung mit Schwerpunkt Rechtsradikalismus (siehe Tabelle II) sind sich weitestgehend einig, dass es eine Vielzahl an unterschiedlichen Hebeln bedarf, um gegen rechtsradikale Tendenzen und Strukturen im ländlichen Raum vorzugehen. Diese sind abhängig von den unterschiedlichen Problemlagen der Region.

Die zwischen 2014 und 2016 erschienenen Studien von Henßler und Overdieck (2014, Nr. 41), Quent und Diedrich (2016, Nr. 57) sowie vom Bund der Deutschen Landjugend e.V. (2017, Nr. 50) problematisieren in diesem Zusammenhang die veränderten Bedingungen, unter welchen eine engagierte Zivilgesellschaft sich gegen Rechtsradikalismus einsetzt. Dabei ist (1) die Selbstenttarnung des NSU 2011 zu nennen und die Verstrickung von Bundes- und Landesbehörden in rechtsradikalen Strukturen, außerdem (2) der Anstieg von Angriffen auf Menschen mit Migrationshintergrund und auf Unterkünfte von Geflüchteten (z.B. durch Brandanschläge). Als einschneidend wird auch (3) das Anwachsen rechtspopulistischer Strukturen betrachtet, die einerseits

Die Studien zum Thema Demokratiestärkung mit Schwerpunkt Rechtsradikalismus (siehe Tabelle II) sind sich weitestgehend einig, dass es eine Vielzahl an unterschiedlichen Hebeln bedarf, um gegen rechtsradikale Tendenzen und Strukturen im ländlichen Raum vorzugehen.

außerparlamentarisch angesiedelt sind, andererseits mit der Zunahme der Wahl extrem rechter bzw. rechtspopulistischer Parteien eine neue parlamentarische Struktur jenseits der NPD gefunden haben (Bund der Deutschen Landjugend e.V. 2017: 14, Nr. 50). Hierbei weisen Henßler und Overdieck (2014: 56, Nr. 41) darauf hin, dass die „Ächtung der NPD vielerorts mittlerweile als Konsens begriffen wird“, jedoch rechtspopulistische und neurechte Akteur*innen an Zustimmung gewinnen. Quent und Diedrich (2016, Nr. 57) thematisieren hierbei die Verwischung des Framings von extrem rechten Akteur*innen als „besorgte Bürger*innen“, aber auch die Zunahme zivilgesellschaftlicher Aktivitäten gegen Rechts, die durch die Verstärkung sichtbarer Strukturen und Aktionen der extremen Rechten im Untersuchungsgebiet zu verzeichnen ist (Quent/Diedrich 2016; Nr. 57).

Gegenstrategien

Eines der wichtigsten Forschungsprojekte zu Gegenstrategien im ländlichen Raum ist die von Buchstein und Heinrichs herausgegebene Studie „Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum“ (2014, Nr. 37). Sie unterscheiden zwischen Gegenstrategien gegen rechtsradikale Aktivitäten (1) von außen – wie Konzertveranstaltungen oder der Etablierung von Wallfahrtsorten – und (2) von etablieren Strukturen innerhalb der Kommune, das heißt die Akteur*innen sind in die Kommune eingebunden und werden durch ihre Tätigkeiten (z.B. in Vereinen) positiv wahrgenommen und stellen sich als „Kümmerer*innen“ dar. (siehe auch Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement 2015, Nr. 38)

Die Strategien gegen Rechtsradikalismus durchlaufen vor Ort mehrere Phasen, diese sind abhängig von der jeweiligen Verankerungsstruktur des Rechtsradikalismus in der Kommune (von außen oder innen) und der Intensität der Gegenbemühungen vor Ort, wie der Partizipation demokratischer Akteur*innen, der generellen

Sensibilisierung der Bevölkerung und der Stellungnahme (partei-)politischer bzw. etablierter Akteur*innen in der Kommune. Es gibt also keine ‚Allheilmethode‘. Strategien müssen *vor Ort* durch bzw. mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zusammen erarbeitet und ausgestaltet werden (Buchstein/Heinrich 2014, Nr. 37; Henßler/Overdieck 2014, Nr. 41; Borstel 2011, Nr. 36).

Sind extrem rechte Strukturen bereits etabliert, kommt es häufig zunächst zu einer Nichtbeachtung und Marginalisierung der Initiativen gegen die extreme Rechte (Buchstein/Heinrich 2014, Nr. 37; Borstel 2011, Nr. 36). Hierbei spielt das Harmoniebedürfnis der Bevölkerung und das Fehlen von Rückzugsorten und Anonymität im ländlichen Raum eine zentrale Rolle (Borstel 2011, Nr. 36). Diese muss überwunden werden, wobei eine überregionale Berichterstattung hilfreich sein kann (Buchstein/Heinrich 2014).

Durch die fehlende Anonymität in ländlichen Regionen kommt es außerdem zu Ängsten der Positionierung gegen die „eigenen“ Leute. Diese gilt es laut Buchstein und Heinrich (2014, Nr. 37) zunächst zu überwinden. Hierzu gibt Borstel (2011, Nr. 36) an, dass rechtsradikale Einstellungen oft innerhalb der eigenen Familie anzutreffen sind, was die Positionierung gegen Rechtsradikalismus zu einer Positionierung gegen die eigene Familie machen kann.

Durch die fehlende Anonymität in ländlichen Räumen kommt es außerdem zu Ängsten der Positionierung gegen die „eigenen“ Leute.

Buchstein und Heinrich (2014, Nr. 37) arbeiteten ein Schema zu Strategien gegen die extreme Rechte im ländlichen Raum heraus (siehe Abbildung 2). Hierbei unterschieden sie zwischen *präventiven*, *integrativen*, *reaktiven* und *repressiven* Strategien, die im folgenden Kapitel beleuchtet werden. Da die *repressiven* Strategien durch Exekutivinstitutionen des Staates durchgeführt werden, stehen diese hier nicht im Fokus, sondern werden (z.B. in Form der Verwaltung oder der Bürgermeister*innen) im Zuge der anderen drei Strategien mit angesprochen.

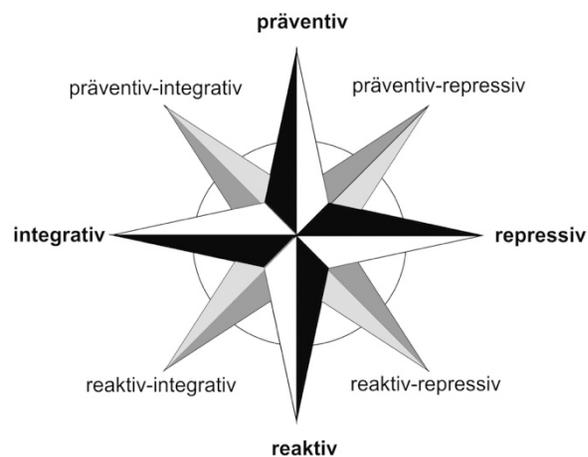


Abbildung 2: ‚Strategiekompass‘ Quelle: Buchstein/Heinrich 2014: 28, Nr. 37.

Präventive Gegenstrategien

Kommunalpolitiker*innen sind oft mit einem Desinteresse an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen konfrontiert (Henßler/Overdieck, 2014, Nr. 41) bzw. besteht in den bei Borstel (2011, Nr. 36) analysierten, in ostdeutschen Bundesländern angesiedelten Orten, keine Tradition demokratischer Institutionen. „Der Staat an sich genießt nur theoretisch hohes Ansehen im Sinne einer Autorität“ (Borstel 2011: 422, Nr. 36). Diedrich und Quent (2016, Nr. 57) analysieren dieses vermeintliche Desinteresse einhergehend mit dem Rückzug des Staates aus dem ländlichen Raum, sodass Unzufriedenheit und Frustration zunehmen. Auch der in diesem Zusammenhang stehende demografische Wandel, der zur Abnahme der Bevölkerung in peripheren ländlichen Räumen führt, erhöht die Chancen auf Zustimmung für antidemokratische Akteur*innen, durch deren Thematisierung des Abbaus der Infrastruktur (ebd.).

Präventiv gegen extrem rechte Aktivitäten zu agieren hieße also, neue Formen der Beteiligung zu erproben, um lokale Demokratie zu stärken, flächendeckende Präsenz demokratischer Parteien zu forcieren und eine vorausschauende Bearbeitung lokaler Problemlagen zu etablieren. Am Ende gilt: Eine gute Kommunalpolitik im Interesse der Bürger*innen ist auch eine erfolgreiche Prävention gegen Rechtsradikalismus, da rechtsradikale Akteur*innen sich so nicht als „Kümmerer*innen“ inszenieren können (Henßler/Overdieck 2014, Nr. 41). Probleme sollten hierbei nicht vernachlässigt werden, sondern es sollte eine nachhaltige Personal-, Programm- und Strukturentwicklung etabliert werden (Bund der Deutschen Landjugend e.V. 2017, Nr. 50).

Eine gute Kommunalpolitik im Interesse der Bürger*innen ist auch eine erfolgreiche Prävention gegen Rechtsradikalismus, da rechtsradikale Akteur*innen sich so nicht als „Kümmerer*innen“ inszenieren können.

Weiterhin wird die Notwendigkeit benannt, Rassismus weg von einem akteurszentrierten hin zu einem gesamtgesellschaftlichen und strukturellen Problem zu benennen (Henßler/Overdieck, 2014, Nr. 41). Dadurch können kommunale Prozesse angestoßen werden, in denen es nicht nur um die Zurückdrängung extrem rechter Akteur*innen geht, sondern auch darum, Fragen nach einem menschenrechtsorientierten Leitbild gemeinsam zu diskutieren.

Angebote der in den ländlichen Räumen traditionell stärker verankerten Vereins- und Verbandsarbeit haben eine wichtige präventive Funktion, wobei die nachlassende Bindungskraft mit Sorge betrachtet werden muss (Bund der Deutschen Landjugend e.V. 2017, Nr. 50, siehe Kapitel 5.5). Den gesamtgesellschaftlichen Themen wie dem Strukturabbau, dem demografischen Wandel und der Abwanderung (siehe Kapitel 5.3) muss mit Antworten und Maßnahmen begegnet werden, die aus gezielter politischer Steuerung der europäischen, der Landes- und Bundespolitik resultieren. So sollte die Rechtsradikalismusprävention als Teil einer größeren Strategie der Dorfentwicklung wahrgenommen werden. In diesem geschaffenen Rahmen kann Jugend- und Jugendverbandsarbeit Beiträge zur Demokratie und Stabilisierung zivilgesellschaftlicher Strukturen leisten (Bund der Deutschen Landjugend e.V. 2017, Nr. 50).

[Es] kann vermutet werde, dass Leben in einer gefährdungarmen, entspannten, soziale Sicherheit ausstrahlenden und fühlbare Mitwirkung gewährenden Demokratie die wohl bestmögliche Form der Eindämmung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus darstellt. (Bund der Deutschen Landjugend e.V. 2017: 38, Nr. 50)

Reaktive Gegenstrategien

Wichtig für eine gelingende Umsetzung ist das *Bottom-up-Prinzip* (u.a. des LEADER-Ansatzes, siehe Kapitel 1). Gegenstrategien sollten mit und durch Akteur*innen der Zivilgesellschaft vor Ort entwickelt werden. Dabei kann sich die Zielsetzung während der Umsetzung verschieben, sodass ein kontinuierlicher Austausch zwischen breit vernetzten Akteur*innen stattfinden muss (Buchstein/Heinrich 2014, Nr. 37). Das Engagement gegen die extreme Rechte wird vor Ort oft durch Einzelpersonen getragen, sodass lokale Initiativen ins Wanken geraten können, sollte diese Einzelperson ihr Engagement beenden. Eine klare Rollenaufteilung zwischen den Akteur*innen gegen rechtsradikale Agitationen ist daher notwendig. Durch breite Bündnisse können Einzelakteur*innen gestärkt und entlastet werden. Hierzu ist eine frühzeitige Einbindung von breiten Bevölkerungskreisen, die Bildung von Netzwerken, in denen zivilgesellschaftliche Initiativen, religiöse Institutionen, Migrant*innenorganisationen und Gewerkschaften vertreten sind, und eine gemeinsame Problemdiagnose geboten (Buchstein/Heinrich, Nr. 37; Henßler/Overdieck 2014, Nr. 41; Paasche 2010, Nr. 43).

Gemeinsame Problemdiagnose als Ausgangspunkt

Quent und Diedrich (2016, Nr. 57) sowie Buchstein und Heinrich (2014, Nr. 37) arbeiten in ihren Studien sozialräumlich orientierte Problemdiagnosen in ländlichen Regionen heraus. Diese sozialräumliche Problemdiagnose sollte immer auch mit der Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von Rechtsradikalismus und dessen zentralen ideologischen Inhalten, gerade innerhalb der Kommunalpolitik, einhergehen (Henßler/Overdieck 2014, Nr. 41). In diesem Punkt liegt oft ein Defizit in der gemeinsamen Diagnostizierung der Problemlage in der Region (Schultz 2009, Nr. 49; Quent/Diedrich 2016, Nr. 57). Heinrich und Buchstein erstellten einen Fragenkatalog, an dem sich eine anschließende Potenzialanalyse für zivilgesellschaftliche Akteur*innen orientieren kann (siehe Buchstein/Heinrich 2014; Nr. 37).

*Je aufrichtiger diese Analyse und je adäquater die Problemdiagnose unter Berücksichtigung der kommunalen Handlungsmöglichkeiten vorgenommen wird, desto größer ist die Chance, ein strategisch ausgewogenes und effektives kommunales Handlungsprogramm zu entwerfen.
(Buchstein/Heinrich: 518, Nr. 37)*

Hierbei sollten sich realistische und begrenzte Ziele gesetzt werden, eine lückenlose Beseitigung ist hierbei ein hehres, aber unrealistisches Ziel. Die Maßnahmen und zu ergreifenden Instrumentarien sollten mit den Akteur*innen vor Ort abgestimmt und am kleinsten gemeinsamen Nenner orientiert werden, wobei sich kontinuierlich auf die lokale Problemlage bzw. -analyse bezogen wird, die fortwährend weiterentwickelt werden muss. (Buchstein/Heinrich, Nr. 37).

Positionierung lokaler Honoratior*innen und Verantwortlicher gegen Rechtsradikalismus und für Engagement gegen Rechtsradikalismus

Wie bei Engagementzusammenschlüssen generell (siehe Kapitel 5.4 Zusammenschlüsse und Arten von Engagement) wird auch im Zusammenhang mit rechtsradikalen Akteur*innen die Wichtigkeit von Schlüsselpersonen betont. Wenn „Autoritäten“ wie Kommunalpolitiker*innen (z.B. Bürgermeister*innen) sich gegen rechtsradikale Aktivitäten bzw. positiv gegenüber einem lokalen Aktionsplan (LAP)¹⁵ positionieren, kann dies einen erheblichen Einfluss auf die Bevölkerung und ihre Einstellung haben (Buchstein/Heinrich 2014, Nr. 37; Paasche 2010, Nr. 43) und den Gegenstrategien die erforderliche Legitimität verleihen (Henßler/Overdieck 2014, Nr. 41).

Henßler und Overdieck (2014, Nr. 41) sprechen in diesem Zusammenhang an, dass auch die Verwaltung inhaltlich Stellung beziehen darf. „Rechtssicherheit und genaue Kenntnis der Verwaltungsspielräume sind Voraussetzung für eine offensive Auseinandersetzung.“ (Henßler/Overdieck 2014: 20, Nr. 41). Auch die Jugendarbeit kann hier ein zentraler Akteur sein (Bund der Deutschen Landjugend e.V. 2017, Nr. 50).

Integrative Gegenstrategien

Während die Definitionen des präventiven und des reaktiven Ansatzes unumstritten sind und in den Studien Einigkeit herrscht, ist der Begriff der „Integration“ umstrittener, sodass es an Aussagen über integrativen Gegenstrategien mangelt. Dies ist auch dem Umstand geschuldet, dass „Prävention von Rechtsradikalismus“ und „Integration“ in Politik und Forschung meist als zwei unterschiedliche Felder wahrgenommen werden.

¹⁵ Zur konkreten Umsetzung der LAPs siehe Carla (2015) und Buchstein/Heinrich (2010).

Der Integrationsbegriff ist für Borstel (2011: 428, Nr. 36) sehr weit gefasst. Er versteht Integration als die Ermöglichung demokratischer Teilhabe aller Bürger*innen, Vernetzung und Netzwerkbildung sowie die Schaffung von aktiven Partizipationsmöglichkeiten in Zivilgesellschaft und politischen Entscheidungen. Integration soll „Minderheiten schützen und der Ausgrenzung schwächerer Gruppen entgegenwirken.“ (Borstel 2011: 428, Nr. 36). Er geht davon

„Prävention von Rechtsradikalismus“ und „Integration“ werden in Politik und Forschung meist als zwei unterschiedliche Felder wahrgenommen.

aus, dass in Regionen, die wirtschaftlich, sozial und politisch abgehängt sind, auch die Desintegration der Bewohner*innen zunimmt. Hierbei kommt es zu einem Rückzug der Menschen aus der Zivilgesellschaft bzw. wird eine Beteiligung gar nicht erst in Betracht gezogen. Es kann zu einer erhöhten Affinität für rechtsradikale Positionen kommen. Borstel sieht drei Bereiche, in welchen Integration, als Gegenstrategie zur Desintegration, vorgenommen werden kann: ökonomische, soziale und politische Integration. Die wirtschaftliche Integration, also die Integration über Arbeit, eine soziale Grundsicherung und eine weiterführende ökonomische Perspektive ist in seinem Untersuchungsgebiet Vorpommern eines der meist benannten Problemfelder. Auch die politische Integration über erweiterte Mitbestimmungsrechte und Teilhabechancen und die soziale Integration über soziale Netzwerke, Freundschaften und Familie werden von ihm als wichtige Felder der Integration benannt. Eine partizipative Zukunftswerkstatt zur wirtschaftlichen Entwicklung der Kommune bzw. ein transparenter Minimalkatalog zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur werden als Gegenstrategien benannt.

Auch Buchstein und Heinrich (2014; Nr. 37) gehen bei einem integrativen Ansatz auf die soziale und politische Ebene ein. „[U]nabhängig von einem konkreten Anlass mit rechtsextremem Hintergrund zielen eingeleitete Gegenmaßnahmen darauf ab, möglichst vielen Menschen umfassende Teilhabechancen zu eröffnen, Ausgrenzungen schwächerer Gruppen zu verhindern und Minderheiten zu schützen. Die Maßnahmen können unspezifisch sein und müssen sich nicht explizit am Rechtsradikalismus orientieren.“ (Buchstein/Heinrich 2014: 28, Nr. 37). Als besonders förderliche Gegenstrategie wird hier die Einrichtung von Begegnungsstätten und Kultureinrichtungen benannt (Buchstein/Heinrich, Nr. 37). Henßler und Overdieck (2014: 24, Nr. 41) sprechen bei Integration ausschließlich von durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit betroffene Gruppen. Integrationskonzepte sollten unter Einbeziehung einer breiten Basis der Bevölkerung und der Sensibilisierung der Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes erarbeitet werden.

Schultz (2009, Nr. 49) geht in seiner Studie von einem integrativen Ansatz in der Schule aus, bei welchem demokratische Einstellungen erlernt werden müssen, und setzt seinen Schwerpunkt auf die Integration von rechtsaffinen Jugendlichen bzw. Jugendlichen in rechtsradikalen Umfeldern. Schulsozialräume bieten hierbei großes Potenzial für eine demokratiefördernde Jugendarbeit.

So ist bei Untersuchung (aber auch Entwicklung) von integrativen Strategien darauf zu achten, was unter Integration verstanden wird. In den hier erfassten Studien sind zwei Pole auszumachen: (1) Integration von potenziell von Diskriminierung betroffenen Gruppen (Henßler/Overdieck 2014: 24, Nr. 41) oder (2) Integration von Rechtsaffinen, in diesem Fall Jugendlichen (Schultz 2009, Nr. 49). Borstel (2011, Nr. 36) sowie Buchstein und Heinrich (2014, Nr. 37) gehen von einem umfassenderen Begriff aus, der auf die Reintegration Desintegrierter bzw. die Integration Nicht-Integrierter (unabhängig einer „Betroffenen-Täter*innen-Polarisierung“) abzielt, um eine umfassende Partizipation an der Zivilgesellschaft zu ermöglichen.

Gegenstrategien von außen

Buchstein und Heinrich (2014, Nr. 37) sprechen von außen kommenden Interventionen eher geringe Erfolgchancen zu. Die lokale Verankerung einer zivilgesellschaftlichen Initiative gilt als wesentlicher Erfolgsfaktor. Erfolgsversprechend sind jedoch hierbei Veranstaltungen mit überregional bekannten Expert*innen (Autoritäten) sowie Informationsveranstaltungen und Diskussionsrunden. Auch die Einbindung

von Akteur*innen von außen zur Unterstützung der Kommune ist sinnvoll, sofern diese nicht stigmatisierend und zu konfrontativ vorgeht (ebd.). Auch die überregionale Medienerstattung wird unter bestimmten Voraussetzungen als Mobilisierungshilfe benannt: wenn vor Ort sensibel gearbeitet wird und wenn sie eine moderierende, nicht konfrontativ-anklagende Haltung einnimmt, sodass demokratische Aktivitäten gegen die extreme Rechte einen wichtigen Bestandteil des medial vermittelten Bildes über die Region darstellen (Buchstein/Heinrich, Nr. 37). Auch gut vorbereitete Zurückweisungen extrem rechter Initiativen in Gremien erreichen größere Öffentlichkeit, wenn diese medial aufgegriffen werden. Hier sind schriftliche Ausarbeitungen und Hintergrundinformationen für Journalist*innen eine gute Möglichkeit professionell unterstützend zu wirken (Henßler/Overdieck 2014, Nr. 41).

Strategie-Mix

Die Studien stimmen darüber ein, dass lineare bzw. monofaktorielle Erklärungsansätze zu kurz greifen und nicht zur Entwicklung wirkungsvoller gesellschaftlicher Gegenstrategien führen (Bund der Deutschen Landjugend e.V. 2017: 37, Nr. 50; Schultz 2009, Nr. 51; Borstel 2011, Nr. 36). Obwohl die Hervorhebung einer bestimmten Strategie sinnvoll sein kann, so ist bei gewalttätig auftretenden Rechtsradikalen

Lineare bzw. monofaktorielle Erklärungsansätze greifen zu kurz und führen nicht zu einer Entwicklung wirkungsvoller gesellschaftlicher Gegenstrategien.

der Einsatz repressiver Maßnahmen laut Buchstein und Heinrich (2014, Nr. 37) geboten und polizeiliche Beratungsteam sollten hinzugezogen werden. So können Repressionen auch zur Schaffung politischer Freiräume und der Sicherung der demokratischen Grundordnung eine Wirkung erzielen. Sind rechtsradikale Akteur*innen in der Kommune stark verankert und in Strukturen etabliert, ist ein repressiv-reaktiver Ansatz vorteilhaft (z.B. Ausschluss von rechtsradikalen Akteur*innen aus Vereinen). Die Präventionsprogramme wie der LAP oder ähnliches sind weitestgehend unumstritten (Buchstein/Heinrich, Nr. 37; Quent/Diedrich 2016, Nr. 57). Außerdem betonen Schubart (2010: 140, Nr. 48) und Schultz (2009: 176, Nr. 49) die Wichtigkeit von geschulten pädagogischen Fachkräften in der demokratiestärkenden (Jugend-)Arbeit.

6. FORSCHUNGLÜCKEN

Nach Darstellung der zentralen Ergebnisse der 60 Studien werden im folgenden Kapitel Forschungslücken des Themendreiecks „Engagementförderung – Demokratiestärkung – ländlicher Raum“ zusammengestellt. Aufgrund der Heterogenität der analysierten Publikationen ergeben sich verschiedene Ebenen zur Identifikation von Forschungslücken: Während einige Studien Forschungsleerstellen explizit benennen, klingen sie in anderen eher implizit an. In vielen Studien steht aber auch das praktische Erkenntnisinteresse im Fokus, sodass Forschungslücken keine Rolle spielen. Nach systematischer Analyse aller Publikationen fallen einige zentrale, fehlende Aspekte den aktuellen Forschungsstand betreffend auf, zu denen weitere Forschung als notwendig und weiterführend erachtet werden kann.

6.1 Begriffsproblematiken und Zugangsvoraussetzungen

Die in Kapitel 4 beschriebenen Problematiken bezüglich der begrifflichen Abgrenzung bzw. mangelnden Trennschärfe der Begrifflichkeiten werden teilweise auch in den analysierten Publikationen aufgegriffen und diskutiert (z.B. Schultz 2009, Nr. 49). Schwarzenberg, Miggelbrik und Meyer (2017, Nr. 27) bemängeln einen wenig differenzierten Gebrauch der Begriffe Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit oder zivilgesellschaftliches Engagement. Auch Haschke (2018, Nr. 16) weist auf die mangelnde begriffliche

Abgrenzung der Begriffe Engagement, Ehrenamt und lokalem Aktivwerden hin. Für weitere Forschung ist es folglich zielführend genauere Begriffsbestimmungen zu erarbeiten und diese praxisorientiert zu differenzieren. Was sind jeweilige Voraussetzungen für das Tätigwerden im spezifischen Bereich? Was sind Unterschiede in der jeweiligen spezifischen Tätigkeit? Wo variieren mögliche Zielvorstellungen? Was sind Problemkontexte der jeweiligen Betätigung?

All das sind Forschungsfragen, die nach einem ersten Schritt der genaueren Differenzierung des eigentlichen Forschungsfeldes gewinnbringend aufgegriffen werden könnten. Mit genauerer Begriffsdefinition einhergehend wären auch potentiell konkretere Ergebnisse, etwa was die Frage nach Zugangsvoraussetzungen angeht und darauf ausgerichtete spezifische Hilfestellungen oder Unterstützungsangebote. Auch zur Untersuchung der Faktoren, was die Mobilisierung unterschiedlicher (womöglich vermeintlich inaktiver) Bevölkerungsgruppen für unterschiedliche Bereiche des Aktivwerdens angeht, scheint eine Unterscheidung und Konkretisierung der Begriffe notwendig.

Für weitere Forschung ist es folglich zielführend genauere Begriffsbestimmungen zu erarbeiten und diese praxisorientiert zu differenzieren.

Eine weitere begriffliche Unklarheit zeigt sich im Verständnis von „Demokratiestärkung“ im Allgemeinen. Während einige Studien hier auf die Untersuchung von Beteiligungsformaten und -projekten von Bewohner*innen des ländlichen Raums bzw. in gesellschaftlichen Bereiche (z.B. Kita, Schule, Sozialarbeit) fokussieren, adressieren andere Studien dezidiert Rechtsradikalismus als Bedrohung für das demokratische Zusammenleben in der ländlichen Region bzw. in der Gesellschaft. Viele Studien, die im Bereich der ländlichen Engagementforschung stattfanden, untersuchen Beteiligungs- bzw. Partizipationsmöglichkeiten, ohne herauszuarbeiten, dass diese auch zur Demokratiestärkung in der Region beitragen können. Denn die Stärkung von inklusivem, prodemokratischem bürgerschaftlichen Engagements ist auch eine Form von Demokratiestärkung, sowohl als Instrument der demokratischen Beteiligung als auch als inhaltliches Engagementfeld. Dieser Zusammenhang sollte auch Niederschlag in zukünftiger Forschung finden.

6.2 Kommunikation als Allheilmittel?

Gruppendynamische Voraussetzungen für gelingende Kommunikation

Eine der am häufigsten genannten Empfehlungen der Studien ist die der Verstärkung von Kommunikation (Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen | Berlin SÖSTRA GmbH 2017, Nr. 20; Schader-Stiftung 2014, Nr. 46; Götzky 2012, Nr. 55; Paasche 2010, Nr. 43; Soziale Bildung e.V. 2009, Nr. 51). Wie diese im Detail ausgestaltet werden sollte, ist jedoch kaum benannt. Als entscheidend für gelingendes Engagement wird die Kooperation zwischen Engagierten und der Kommunalverwaltung immer wieder genannt und hierbei die Einrichtung von Verantwortlichen in der Kommunalverwaltung, die für die Kommunikation mit freiwillig Engagierten zuständig sind (siehe z.B. Behn et al. 2013, Nr. 53; TNS Infratest Sozialforschung 2014, Nr. 33; nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung 2018, Nr. 25), bzw. Koordinationsstellen für die überörtliche Vernetzung von Vereinen (siehe z.B. Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. 2017, Nr. 52; Behn et al. 2013, Nr. 53). Jedoch fehlt an dieser Stelle oft der systematische Blick auf rahmende Bedingungen. Machtverhältnisse zwischen Hauptamtlichen und freiwillig Engagierten, die örtlichen hemmenden Spezifika in der Gemeindestruktur, die oftmals langjährig bestehenden eingefahrenen Dynamiken im „Mikrokosmos“ Dorf, die es beispielsweise den *Gestalter*innen* (siehe Kapitel 5.4) erschwert, neuartige Projekte zu initiieren (Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V./urbanizers 2014:19, Nr. 29). Hierbei sollten verstärkt gruppendynamische und individualpsychologische Aspekte untersucht werden, welche auf der lokalen Ebene einen Wandel hemmen (z.B. Angst vor Machtverlust etablierter Akteur*innen), um Kommunikation überhaupt als lohnende und nachhaltige Praxis zu etablieren. An welchen Stellen innerhalb

von Engagementsstrukturen scheitern Kommunikationsflüsse und was hat das mit Ängsten bzw. Befürchtungen der Engagierten zu tun (vgl. Zielske 2016, Nr. 34)?

Digitalisierung

Auch hinsichtlich der Auswirkungen und Potenziale der Digitalisierung bestehen Forschungslücken im Feld. Ein Beispiel wäre die fehlende Analyse von medienbezogenen Werbe- und Beteiligungsstrategien sowie die fehlende Untersuchung der genutzten Informationskanäle hinsichtlich der Fragestellung, ob erwünschte Zielgruppen durch kommunikative Ansprachestrategien überhaupt erreicht werden (Amadeu Antonio Stiftung 2012, Nr. 3; ZiviZ 2018, Nr. 35). An dieser Stelle wäre auch zu reflektieren, ob konventionelle Ansprachestrategien milieuspezifisch sind und somit nur bestimmte Bevölkerungsgruppen erreichen. Interessant wäre darüber hinaus die Untersuchung von *bürgerschaftlichem Engagement im Internet*, denn gerade im ländlichen Raum könnten digitale Formate des Engagements (z.B. Online-Petitionen, Social Media Projekte) eine neue niedrigschwellige Art von Engagement darstellen.

6.3 Unsichtbares Engagement und Engagement als Privileg

Dieser Zusammenhang verweist auf eine weitere Leerstelle in der Forschung: So weist beispielsweise Eisentraut (2009, Nr. 11) auf das lohnende Unterfangen hin, außerinstitutionelles Engagement, Vernetzungen und Hilfestellung in den Blick nehmen. Oftmals sind Begrifflichkeiten im Rahmen des Themendreieckes sehr eng gewählt oder fokussieren insbesondere auf institutionelles, institutionalisiertes oder finanziell gefördertes oder zumindest unterstütztes Engagement. Somit wird jedoch unentgeltliches Engagement, was ohne Finanzierung (insbesondere staatliche¹⁶) auskommt oder jenseits institutionalisierter Strukturen stattfindet, unsichtbar. Zu denken wäre hier insbesondere an informelle Netzwerke wie z.B. Nachbarschaftshilfe, Hilfe im Freundeskreis (vgl. Daten aus Simonson/Vogel/Tesch-Römer 2016) oder gegenseitige Hilfe im Rahmen familiärer Strukturen. Im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel spielt gerade in familiären Beziehungen die Pflege von Angehörigen eine immer größere Rolle. Es wurde in Kapitel 5.8 bereits auf den Umstand hingewiesen, dass sich weniger formale gebildete Menschen jedoch eher in diesen Kontexten engagieren und Tätigwerden. Schlussfolgerungen bezüglich der Sozialstruktur Engagierter beispielsweise, dass besser ausgebildete Personen sich (vermeintlich) mehr engagieren, sind also in Frage zu stellen. Dies sollte mit geeigneten Methoden und einem differenzierten begrifflichen Instrumentarium weiterführend untersucht werden. Auch die Aussage, Männer engagieren sich mehr als Frauen, bedarf durch in Kapitel 5.8 beschriebene Problematik genauerer Überprüfung, übernehmen doch gerade Frauen in emotionalen Nahbeziehungen nach wie vor den Großteil an zu leistender Sorge- und Pflegearbeit.

Oftmals sind Begrifflichkeiten sehr eng gewählt oder fokussieren insbesondere auf institutionelles, institutionalisiertes oder finanziell gefördertes oder zumindest unterstütztes Engagement. Somit wird jedoch unentgeltliches Engagement, was ohne (insbesondere staatliche) Finanzierung auskommt oder jenseits institutionalisierter Strukturen stattfindet unsichtbar.

Insgesamt fehlt es an weiterer Engagementforschung für den ländlichen Raum zu folgenden Thematiken: Wenn Studien erscheinen, dann über Menschen mit Migrationshintergrund als *Zielgruppe* von Engagement oder über

¹⁶ Gemeint ist hier eine Förderung über Bundesprogramme, Landesprogramme wie die Landesaktionspläne oder aber auch regionalere Töpfe wie Lokale Aktionspläne bzw. auch Stadt/Gemeindemittel. Auch Stiftungsgelder werden in diesem Kontext als staatliche Finanzierung im weiteren Sinne betrachtet, da auch Stiftungen ihre Mittel und Gelder aus staatlicher Finanzierung beziehen und somit auskunftspflichtig sind (z.B. über steuerlichen Abfragen, Kassenprüfungen). Somit wird im Rahmen von Stiftungsgeldern gefördertes Engagement qualitativ und quantitativ erhebbbar und fällt nicht unter „unsichtbares“ Engagement.

Integrationspolitik als Herausforderung für kommunale Verwaltungsstrukturen (Schader-Stiftung 2014, Nr. 46; Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. 2017, Nr. 52). Doch wie sieht es aus mit gesellschaftlich marginalisierten Gruppen und ihrem Engagement? Wann und warum engagieren sich Migrant*innen, Muslim*innen, Juden und Jüdinnen, nicht-heteronormativ lebende Menschen, Menschen mit Behinderung etc.? Welche Faktoren fördern bzw. hemmen ihr Engagement? So erfahren beispielsweise Selbstorganisation vor allem von Betroffenen- und Selbsthilfegruppen wenig Betrachtung. Zu prüfen wäre also die Motivation und der Organisationsgrad von marginalisierten für ihre eigenen Belange bzw. Belange der Region.

Fragestellungen in Bezug auf „unsichtbares Engagement“ könnten sein:

- Welches Engagement wird durch einen zu engen Begriff unsichtbar gemacht?
- Werden Annahmen über Engagement (mehr Männer, mehr formal besser Gebildete) durch differenzierte Begrifflichkeiten und die Betrachtung differenzierter Engagementformen in Frage gestellt?
- Welche Bedarfe haben spezifische Gruppen (v.a. gesellschaftlich schwächer gestellte Gruppen) um besser in Engagementstrukturen partizipieren zu können?

6.4 Partizipation und Demokratieförderung als *inklusive* Demokratiestärkung

Ein weiterer Aspekt hinsichtlich ungeklärter Begrifflichkeiten steckt in der wenig umrissenen Thematik, was eigentlich genau unter Demokratiestärkung sowie zivilgesellschaftlichem und bürgerschaftlichem Engagement zu verstehen ist. So engagieren sich beispielsweise auch rechtspopulistische oder rechtsradikale Personen und Zusammenschlüsse für vermeintliche Ziele des Allgemeinwohls (z.B. in Form von Bürgerinitiativen, Bürgerwehren). Insbesondere die im Rahmen der Analyse immer wieder auftretende und thematisierte Problematik der extremen Rechten und die daraus resultierenden Herausforderungen für eine plurale und inklusive Gesellschaft sollen hier als Ausgangspunkt genommen werden, die Notwendigkeit von vorzunehmenden Differenzierungen aufzuzeigen.

Diese Notwendigkeit besteht grundsätzlich in Bezug auf die Gegenstände Demokratiestärkung und zivilgesellschaftliches Engagement im Speziellen dann, wenn beide Aspekte zusammen auftauchen. So ist zum Beispiel zu hinterfragen, ob zivilgesellschaftliches Engagement per se demokratiefördernd ist, so lange es partizipativ angelegt und auf Mitbestimmung ausgerichtet ist. Zu denken wäre hier an vermeintlich partizipativ agierende Neonazis die – so lange sie Mitbestimmung einfordern und formal partizipativ agieren – ohne notwendige Differenzierung der Begriffe Demokratiestärkung und zivilgesellschaftliches Engagement formal nicht von pluralen und inklusiven Ansätzen zu unterscheiden wären. Orientiert werden könnte sich hierbei an der Definition bürgerschaftlichen Engagements der Enquete-Kommission:

Die Wahl des Begriffs „bürgerschaftliches Engagement“ macht den Zusammenhang von Engagement und Bürgerschaft deutlich; er ermöglicht es, Bürgerschaftlichkeit als eine eigenständige Dimension für Engagement der verschiedensten Art – politisches, soziales und geselliges – zu verstehen. Alle Formen des Engagements haben im Alltag Bedeutung für den Zusammenhalt im Gemeinwesen. Auf der anderen Seite lässt sich mit der Betonung von Bürgerschaftlichkeit auch Kritik gegenüber solchen Formen des Engagements formulieren, die, beschränkt auf Anliegen der eigenen Gemeinschaft, ihre bürgerschaftliche Verantwortung aus dem Blick verlieren. (Deutscher Bundestag 2002: 24)

Eine Positionierung der jeweiligen Forschung ist notwendig: Demokratiefördernd und eine Zivilgesellschaft bestärkend wirkt Engagement dann, wenn es inklusiv agiert, Allen zu Gute kommen soll und nicht exklusiv für bestimmte Bevölkerungsteile reserviert ist. Dies bedeutet für Engagementforschende allerdings auch, weitere unsichtbare Engagementformen, welche oft von marginalisierten Bevölkerungsgruppen durchgeführt werden,

in den Blick zu nehmen, um diesen die verdiente Aufmerksamkeit zukommen zu lassen (z.B. Nachbarschaftshilfe, Hilfe im Kreis von Familie und Freund*innen). Hierbei bleibt die analytische Differenzierung zwischen bürgerschaftlichen Engagement und Engagement ohne öffentlichen Bezug wichtig, um bürgerschaftliches Engagement per se empirisch und sozialpolitisch als definierten Gegenstand behandeln zu können.

In diesem Rahmen sei auf eine weitere Forschungslücke hingewiesen, welches die Studie der Amadeu Antonio Stiftung (2012, Nr. 3) benennt: Aus der Forschung fällt die Frage, ob Projekte auch nach der Phase von außen kommender Unterstützung weitergeführt werden, meist vollkommen heraus. Dies verweist wiederum auf oben beschriebene Problematik der Untersuchung meist vor allem finanziell (oder auch personell) unterstützten Engagements.

Demokratiefördernd und eine Zivilgesellschaft bestärkend wirkt Engagement dann, wenn es inklusiv agiert, Allen zu Gute kommen soll und nicht exklusiv für bestimmte Bevölkerungsteile reserviert ist.

Weiterhin kommt die Studie zu dem Schluss, dass es ein räumliches Nebeneinander von aktiven und passiven Strukturen gibt, wobei sich wissenschaftlich aber vor allem mit den aktiven und funktionierenden Strukturen beschäftigt wird. Auch ein Blick auf Hemmnisse und störenden Rahmenbedingungen nicht funktionierender Strukturen kann aufschlussreich sein.

6.5 Strukturelle und politische Rahmenbedingungen von Engagement

Wie in Kapitel 5.3 aufgeführt, sind der demografische Wandel sowie Strukturabbau oder der Wandel von Sozialstaatlichkeit oftmals expliziter Rahmen von Engagementforschung – v.a. in der Untersuchung peripherer ländlicher Räume. Bezüglich dieses Rahmens werden in zahlreichen Studien Forschungsleerstellen benannt, die im Folgenden zusammengefasst und erläutert werden.

Insbesondere ein kritischer Blick auf die Zusammenhänge von Strukturabbau, gerade in ländlichen Räumen, und einem Mehr an gefordertem Engagement werden beschrieben bzw. gefordert. Schwarzenberg, Miggelbrik und Meyer (2017, Nr. 27) kommen zum Schluss, dass Ehrenamt im ländlichen Raum oft als eine mögliche Bottom-up-Strategie im Umgang mit demografischen Schrumpfungprozessen diskutiert wird:

„Im Zuge dieser Funktionalisierungstendenzen von unten nach oben dominieren kausale Argumentationslinien im Sinne von mehr Engagement und lokaler Verantwortung als eine logische und konsequente Reaktion auf Schrumpfungprozesse, die dabei jedoch tieferliegenden Fragen hinsichtlich der Komplexität der Thematik sowie einer möglichen Überforderung gesellschaftlicher Strukturen aus dem (hergestellten) Zusammenhang ausblenden.“ (Schwarzenberg/Miggelbrik/Meyer 2017, Nr. 27)

Zu einem ähnlichen Schluss kommt die Studie der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz (2015, Nr. 28), die dafür plädiert, bürgerschaftliches Engagement nicht nur als Lösungswerkzeug für den demografischen Wandel zu analysieren, sondern den demografischen Wandel und mögliche Handlungsansätze dagegen in einem größeren gesellschaftlichen Kontext und in Wechselbeziehung mit anderen Themen- und Handlungsfeldern zu thematisieren und zu erforschen.

Schwarzenberg, Miggelbrik und Meyer (2017, Nr. 27) plädieren weiterhin für eine Untersuchung bezüglich des Wandels der Zivilgesellschaft und ihrer Bedeutung im Rahmen der eingesetzten Enquete-Kommission des Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2002. Sie beschreiben eine Zunahme an wissenschaftlichem Interesse und politischer Aufmerksamkeit für Ehrenamt, was jedoch nicht außerhalb von Strukturbedingungen zu untersuchen sein sollte. So wird Engagement in schrumpfenden ländlichen Regionen zumeist im Kontext der Sicherung einer vom Abbau bedrohten Daseinsvorsorge diskutiert sowie ehrenamtlich

Engagierte oftmals funktional betrachtet. Ehrenamt wird und muss als (Teil einer) Anpassungs- bzw. Bewältigungsstrategie, um der zunehmend problematisierten Aushöhlung des Prinzips gleichwertiger Lebensverhältnisse im ländlichen Raum zu begegnen, problematisiert werden (vgl. Neu 2011, Nr. 24). Darüber hinaus sind mehrere Aspekte für weiteres Forschungshandeln relevant: die von Schwarzenberg, Miggelbrik und Meyer (2017, Nr. 27) beschriebene befürchtete Einengung des Tätigkeitsspektrums von Ehrenamt und Engagement aufgrund der Lückenfüller*innen-Funktion für ehemals staatliche Daseinsvorsorge (vgl. dazu Lessenich 2013).

Professionstheoretische Implikationen

Damit zusammenhängend bleiben einerseits professionstheoretische Implikationen für Berufe und Tätigkeiten, die mehr und mehr von Ehrenamtlichen übernommen werden oder zumindest als Tätigkeitsfelder an diese herangetragen werden, konzeptionell unterbeleuchtet (siehe hierzu am Beispiel der Laienpflege u.a. Haubner 2017: 273-317). Andererseits bleibt ein sich wandelnder Sozialstaat unthematisiert, der unter einem sich immer mehr durchsetzenden Aktivierungsparadigma aber entscheidender Rahmenfaktor ist und im Rahmen von weiterführender Forschung zentraler beleuchtet werden sollte. Zahlreiche Studien weisen Leerstellen oder blinde Flecken hinsichtlich der Rahmen- und Strukturbedingungen von Engagement auf. Dies stellt jedoch ein zentrales Problem im Forschungsansatz dar. Ebenso wenig thematisiert werden Fragestellungen hinsichtlich der Zusammenhänge von Erwerbsarbeit und Ehrenamt und den unscharfen Trennlinien zwischen beiden (van Dyk 2018).

Professionstheoretische Implikationen für Berufe und Tätigkeiten, die mehr und mehr von Ehrenamtlichen übernommen werden oder zumindest als Tätigkeitsfelder an diese herangetragen werden, bleiben konzeptionell unterbeleuchtet.

6.6 Intersektionalität, Demokratie- und Engagementförderung

Bereits in den ersten Kapitelabschnitten klang ein Mangel an begrifflich differenzierter, gleichzeitig systemisch zusammenhängender und kontextualisierter Forschung an. Einige Studien weisen auch im Zusammenhang mit den Engagierten selbst oder aber in Bezug auf diejenigen Gruppen, die Empfänger*innen von Engagement sind oder sein sollen, auf diese Problematik hin. So zum Beispiel die Studie der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. (2017, Nr. 52), die auf die Notwendigkeit hinweist, Programme zu evaluieren und zu entwickeln, die Integration und ländliche Entwicklung als strategisches und verzahntes Themenfeld problematisieren und bearbeiten. Dies bedeutet insbesondere bestimmte Fragestellungen systematischer zusammenzudenken und Überschneidungspunkte zu erarbeiten. Explizit angesprochen wird dies beispielsweise in der Studie der Schader-Stiftung (2014, Nr. 46), die auf die Notwendigkeit und den Mehrwert verweist, Integrationspolitiken mit anderen Politiken wie z.B. Gleichstellungspolitiken zusammenzudenken.

Grundsätzlich ist auffällig, dass in der untersuchten Literatur Intersektionalität¹⁷ wenig Berücksichtigung findet. Ein Mehrwert intersektional ausgerichteter Forschung, die sich explizit mit der Perspektive gesellschaftlich schwächer gestellten Bevölkerungsgruppen auseinandersetzt, könnte u.a. in der Untersuchung von Zugangshemmnissen zu Engagement liegen. So kann eine intersektional sensible und informierte Forschung womöglich besser differenzieren, warum bestimmte Gruppen (Geflüchtete Frauen, weniger formal gebildete Frauen mit Behinderung) ein bestimmtes Tätigkeitsfeld wählen

Es zeigt sich, dass mangelnde Kinderbetreuung für Frauen immer noch ein zentrales Hindernis ist sich zu engagieren.

¹⁷ Das sozialwissenschaftliche Konzept der Intersektionalität beschreibt die „Verwobenheit zwischen verschiedenen Formen der Ungleichheit“ (Degele/Winker 2009: 12).

oder ein anderes nicht. Weiterhin können intersektionale Ansätze somit differenzierter gelingende Faktoren oder hemmende Bedingungen benennen, die sich für unterschiedliche Gruppen unterschiedlich auswirken.

Die Studie des Frauenbildungsnetz Mecklenburg-Vorpommern e. V. (2016, Nr. 54) ist die einzige Studie, die sich explizit mit Frauen und Engagement auseinandersetzt. Es zeigt sich, dass mangelnde Kinderbetreuung für Frauen immer noch ein zentrales Hindernis ist, sich zu engagieren. Dieses Ergebnis zeigt gleichzeitig die Wichtigkeit differenzierter Forschung auch hinsichtlich relevanter Kontextfaktoren auf, da sich Strukturbedingungen auf verschiedene Gruppen unterschiedlich auswirken. So erhält die quantitative Aussage „Männer engagieren sich mehr als Frauen“ eine andere Bedeutung, werden Ehrenamts- bzw. Engagementkonzeptionen und Rahmenbedingungen (etwas fehlende Kita-Plätzen oder die Frage danach, wer die Hauptlast an Pflege- und Sorgearbeit trägt) berücksichtigt. Das Frauenbildungsnetz Mecklenburg-Vorpommern e. V. (2016, Nr. 54) sowie Holz und Kolleg*innen (2015, Nr. 56) halten zudem fest, dass es wenig spezifische Forschung zum Thema Frauen im Forschungsbereich gibt, sodass es an Daten zu Engagement von Frauen mangelt.

Zusammenhängend mit einer zu wenig differenzierten Sichtweise thematisiert die Schader-Stiftung (2011, Nr. 45) ein Defizit an empirischer Analyse von Migrant*innenorganisationen in ländlichen Räumen, z.B. in Bezug auf qualitative Forschung über das Zusammenleben zwischen Ortsansässigen und Zugewanderten, über Nachbarschaftsbeziehungen und Begegnungsräume sowie über Prozesse der Selbst- und Fremdwahrnehmung ethnischer und sozialer Gruppen.

Grundsätzlich kommt politische Selbstorganisation, die oftmals außerhalb staatlicher Förderung angelegt ist, im Rahmen des untersuchten Feldes nicht vor. Bestimmte Gruppen, wie eben Migrant*innen, organisieren sich aber insbesondere in solchen Zusammenschlüssen und fallen somit aus einer engen Konzeption von Ehrenamt oder Engagement heraus. Gleiches gilt für viele Gruppen die sich gegen Rechtsradikalismus engagieren, die außerhalb staatlicher geförderter Strukturen arbeiten.

6.7 Rechtsradikalismus und Gegenstrategien der Zivilgesellschaft

Lehrer*innen werden als zentrale Akteur*innen bei der außerfamiliären demokratischen Bildungsarbeit benannt, sind sich ihrer Einstellungen und ihrer Bedeutung jedoch oftmals selbst nicht bewusst (Schultz 2009, Nr. 49). So wäre der Einfluss der Einstellung von Lehrkräften und deren Auswirkung auf die Demokratiebildung in ländlichen Schulen, aber auch im Allgemeinen, zu untersuchen.

Es fehlt außerdem weiterhin an Analysen unterschiedlicher Regionen innerhalb eines Bundeslandes, an einem Ost-West-Vergleich und an der Untersuchung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten von prosperierenden und niedergehenden Regionen (Buchstein/Heinrich 2014:44, Nr. 37). Auch die überregionale zivilgesellschaftliche Vernetzung sollte mehr in den Fokus gerückt werden, da die neonazistische Szene überregional vernetzt ist und die oftmals regional agierenden Bündnisse gegen Rechts diesen weiten Vernetzungsgrad nicht aufweisen (Buchstein/Heinrich 2014, Nr. 37). Des Weiteren wäre die Veränderung der Teilnahme an und die Hürden für zivilgesellschaftliche Strukturen durch den Zuwachs an extrem rechten Strukturen, gerade durch die zunehmende Mobilisierung durch extrem rechte Gruppierungen zu untersuchen (Quent/Diedrich 2016, Nr. 57). In diesem Zusammenhang ist auch die Finanzierung durch Mittel rechtsradikaler Parteien zu untersuchen (Bund der Deutschen Landjugend e.V. 2017, Nr. 50).

Buchstein und Heinrich (2014, Nr. 37) geben an, dass es an vergleichenden Makroanalysen fehlt, in denen nicht aus spezifischen regionalen Kontexten eine hierdurch nachvollziehbare, aber nicht übertragbare These abgeleitet wird, sondern die einen Vergleich von Thesen vornehmen und diese in einen größeren Kontext integrieren. Eine Ausnahme ist die 2007 erschienene Studie von Liebscher und Schmidt „Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum“. Die Studienhypothesen dieser Forschung lauteten:

- Rassismus, Antisemitismus und andere Elemente der nationalsozialistischen Ideologie existieren in der Mitte der Gesellschaft.
- Für die Existenzbedingungen einer Naziszene im ländlichen Raum ist das institutionelle Gefüge der Gemeinden von entscheidender Bedeutung.
- Das Problem im ländlichen Raum ist nicht in erster Linie ein Mangel an zivilgesellschaftlichem Engagement, sondern die bestehende Integration dieses Engagements in die kommunalen Strukturen. (Liebscher/Schmidt 2007: 13ff.)

Im gesamten Forschungskomplex zu Gegenstrategien der Zivilgesellschaft zu Rechtsradikalismus im ländlichen Raum ist zu beobachten, dass das Lavieren zwischen der Analyse von Strukturen der extremen Rechten und der Analyse von Gegenstrategien bzw. deren Rahmenbedingungen ein schwieriger Prozess ist, bei dem es an der Integration von Betroffenen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bzw. Angriffe aufgrund solidarischen Engagements selbst im Forschungsprozess mangelt. So liegt oftmals ein starker Fokus auf den Akteur*innen der extremen Rechten, der für eine Problemdiagnose geboten ist, jedoch für die Erforschung von Gegenstrategien um den Blick der Betroffenen erweitert werden sollte.

6.8 Weitere inhaltliche (Einzel-)Aspekte

Im Folgenden werden weitere (Einzel-)Aspekte, die zu wenig oder nicht beforscht sind, stichpunktartig zusammengefasst:

- Fördermittel werden zunehmend nicht mehr von staatlichen Stellen zur Verfügung gestellt, sondern von Wirtschaft, Stiftungen oder Privatpersonen. Welchen Einfluss hat das auf die Engagementlandschaft und auf Projekte, die nicht im Fokus dieser Akteur*innen stehen?
- Welche spezifischen und langfristigen Auswirkungen hat es, wenn sich Vereinsmitglieder mehr und mehr als Kund*innen verstehen (Hessische Landesregierung 2015, Nr. 17)?
- Engagierte Akteur*innen in ländlichen Räumen kennen sich oft persönlich. Dies führt zu subjektiv vergebenen Zuwendungen. Wie kann dies verhindert werden?
- Die Antragstellung für Fördermittel ist in der Regel sehr voraussetzungsvoll und nur bestimmte Akteur*innen verfügen über dieses „Spezialwissen“. Wie lässt sich diese Ungleichheit aufheben?

Weiterhin braucht es eine gesellschaftspolitische Debatte über die Qualität zivilgesellschaftlicher Arrangements, sowohl in der Praxis, als auch bei Entscheidungsträger*innen aus Wirtschaft, Drittem Sektor und Politik. Dazu braucht es grundlegende Forschung: eine verbindende Auswertungsperspektive von Freiwilligensurvey und ZiviZ-Survey. Die Zusammenführung der Erkenntnisse zu Engagement auf individueller Ebene (Freiwilligensurvey) und den Daten zur Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen (ZiviZ-Survey) stellt ein wichtiges Beispiel einer weiterführenden Forschungsagenda dar (Staatskanzlei Rheinland-Pfalz 2015, Nr. 28).

Eisentraut (2009, Nr. 11) und Schmidt (2011, Nr. 36) weisen in Bezug auf Forschungsdefizite, dass generationenübergreifende außerfamiliäre Beziehungen wenig auf ihr gesellschaftliches Engagementpotenzial hin erforscht sind.

Regionalität

In der Zusammenschau aller Publikationen ergaben sich Forschungslücken hinsichtlich der Regionalität von Engagement in ländlichen Räumen bzw. der fehlenden Übertragbarkeit und Vergleichbarkeit von Ergebnissen (wie auch unter 6.7 bereits im Kontext Engagement gegen Rechtsradikalismus erwähnt). Die Studien der TNS Infratest Sozialforschung (2014, Nr. 33) sowie Dienel und Walk (2011, Nr. 10) kommen zu dem Ergebnis, dass es

generell mehr (v.a. auch ostdeutsche) Lokalstudien mit spezialisierter Erhebungsmethodik braucht, um die besonderen Bedürfnisse der einzelnen Regionen abzufragen und gleichzeitig zu ermitteln, welche Erfolge auf andere Regionen übertragen werden können bzw. welche nicht. Eine Studie wurde hierzu vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung durchgeführt (2017, Nr. 5). Dabei wurde das Emsland als Region gelingenden Engagements untersucht. Insgesamt gibt es wenige Vergleichsstudien, die verschiedene Regionen in Bezug auf die gleiche Fragestellung untersuchen.

In Zusammenhang mit den Hemmnissen für Engagement wäre es wünschenswert, Regionen mit einer Längsschnitt-Studie zu untersuchen, deren Engagement sich im Aufbau befindet.

Fragestellungen hierfür könnten sein:

- Wie wirken sich lokale Machtverhältnisse (z.B. Spannung zwischen haupt- und ehrenamtlich Engagierten) auf die Kommunikationsbedingungen und damit auf das Gelingen des Engagements vor Ort aus?
- Welche Faktoren (insbesondere auf der Mikroebene) hemmen Kommunikation oder bringen diese sogar zum Stillstand?
- Wie kann eine nachhaltige Digitalisierung der Kommunikations- und Vernetzungsstrukturen aussehen?

6.9 Empfehlungen für zukünftige Forschung(-spraxis)

Generell erweckt die Analyse der 60 Publikationen den Eindruck, dass im Bereich der ländlichen Engagementforschung zahlreiche Einzelstudien vorhanden sind, die regionalspezifisch die Struktur, Dynamiken und Faktoren für Engagement herausarbeiten. Im Bereich der Forschung zu Demokratiestärkung im ländlichen Raum existieren Studien, die ebenfalls regionalspezifisch konkrete Projekte (teilweise Landesaktionspläne) der Demokratiestärkung und -bildung begleiten und evaluieren bzw. Konzepte und Maßnahmen entwickeln. Des Weiteren ist ein Schwerpunkt im Bereich der Demokratieforschung im ländlichen Raum der Umgang mit Rechtsradikalismus. Empfehlenswert erscheint für beide Forschungsfelder und somit künftige Forschungsprojekte eine stärkere theoretische Kontextualisierung bzw. ein systematischer (Meta-)Blick auf das Forschungsfeld. Damit verbunden ist auch die Notwendigkeit einer stärkeren Verknüpfung beider Forschungsschwerpunkte (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement 2015, Nr. 38).

Forschung zu Engagement und Demokratiestärkung findet meist aus einer Perspektive statt, die *mehr Engagement* und *mehr Demokratie(-förderung)* als Ziel verfolgt. Es wäre notwendig, diese Perspektive bzw. Zielsetzungen der Forschung zu kontextualisieren und nicht unabhängig von anderen gesellschaftlichen Dynamiken zu betrachten (siehe z.B. Schwarzenberg/Miggelbrik/Meyer 2017, Nr. 27). Historische Entwicklungen, die zur Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement und Demokratiestärkung beitragen, sollten mit in den Blick genommen werden, sodass der oft flickenteppichartige Fokus auf Projektförderungen auf einen größeren Kontext bezogen werden kann.

Vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2018, Nr. 6) und der Schader-Stiftung (2014, Nr. 46) wurde angemerkt, dass es an längerfristigen Längsschnittstudien mangelt. Studien sind oft projektbegleitend angelegt, die mit dem Auslaufen der Projektförderung abgeschlossen werden. Um herauszufinden, ob Projekte im ländlichen Raum auch nach ihrer Finanzierungsdauer langfristig stabil bleiben und wirken, wäre zu prüfen, wie sich diese Projekte weiterentwickeln. Auch Studien, die Dynamiken außerhalb von finanzierten Projekten untersuchen, sollten längerfristige Programmevaluationen vornehmen. Hierbei wäre interessant, nicht nur Positivbeispiele zu untersuchen (z.B. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Nr. 5), sondern auch gescheiterte bzw. scheiternde Projekte, und Untersuchungsräume stärker in den Fokus zu nehmen, um hemmende Faktoren besser verstehen und abbauen zu können. Neben dem Aspekt der langfristigen

Forschungsprojekte, gibt es nur wenige Forschungsprojekte, die eine vergleichende Perspektive zwischen unterschiedlichen Regionen bzw. Bundesländern einnehmen.

Einerseits ist ein zentrales Ergebnis der Engagementforschung, dass Partizipation wichtig zur Förderung und Etablierung von bürgerschaftlichem Engagement im ländlichen Raum ist – also auch im Sinne demokratischer Beteiligung. Andererseits ist ein Ziel der Forschung zu Demokratie(-stärkung), dass – gerade für Maßnahmen gegen Rechtsradikalismus – auch eine engagierte Zivilgesellschaft wichtig ist. Beide Forschungsgegenstände und -felder bedingen sich also gegenseitig und untersuchen weitestgehend überlappende Phänomene. In der hier analysierten Publikationsstichprobe adressieren nur wenige Studien beide Forschungsschwerpunkte (siehe Tabelle II). Dabei ist Engagement in einer ländlichen Region, welches auf eine inklusive Gesellschaft und deren Zusammenhalt abzielt, auch ein Zeichen für demokratische Beteiligung und Stärkung. Wichtig sind hierfür soziale Orte als Ankerpunkte und Angebote, die einen prodemokratischen normativen Rahmen mitgestalten.

Auffallend in den analysierten Publikationen zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum ist der Fokus auf Rechtsradikalismus. Anknüpfungspunkte, Ursachen und Strukturen des Rechtsradikalismus im ländlichen Raum zu untersuchen ist und bleibt ein wichtiges Thema. Jedoch bleiben bisher Phänomene wie die Diskriminierung unterschiedlicher gesellschaftlich marginalisierter Gruppen im ländlichen Raum – losgelöst von Rechtsradikalismus – weitestgehend unterbelichtet. Welche fördernden und hemmenden Faktoren gibt es in Bezug auf die Akzeptanz von gesellschaftlicher Vielfalt in ländlichen Räumen? Auch hier kann die Demokratieforschung zur Entwicklung von Konzepten und Maßnahmen gegen individuelle und institutionelle Diskriminierung beitragen.

Jedoch bleiben bisher Phänomene wie die Diskriminierung unterschiedlicher gesellschaftlich marginalisierter Gruppen im ländlichen Raum – losgelöst von Rechtsradikalismus – weitestgehend unterbelichtet.

7. ZUSAMMENFASSUNG

Die gesichteten Studien weisen eine hohe Heterogenität auf. Die meisten Studien fokussieren jedoch auf die Motivation der Engagierten sowie fördernde und hemmende Faktoren von Engagement. Darüber hinaus beschäftigen sich viele Studien mit der Struktur des Engagements im ländlichen Raum und den Möglichkeiten der Vernetzung der Engagierten. Das größte Problemfeld, dem sich die Studien zuwenden, ist die Begegnung des Strukturabbaus und des demografischen Wandels durch bürgerschaftliches Engagement. Demokratiestärkung wird in den analysierten Studien schwerpunktmäßig in Verbindung mit Rechtsradikalismus und den damit einhergehenden Desintegrationstendenzen der Bevölkerung in ländlichen Räumen verhandelt.

Projektförderungen können keine langfristige Politik ersetzen, wie es in Tendenz durch die Funktionalisierung von Engagement als Bewältigungsstrategie im Umgang mit demografischem Wandel, Strukturabbau und der allgemeinen Daseinsvorsorge zu verzeichnen ist. Hierbei gilt es verstärkt die veränderten Strukturbedingungen und die damit einhergehenden Funktionalisierungstendenzen von Engagement zu untersuchen. Weiterhin wäre danach zu fragen, ob und wie sich Engagement verändert bzw. sich auf spezielle Bereiche verengt, die von Strukturabbau und Kürzungspolitik besonders stark betroffen sind. Bezüglich solcher Bereiche wie etwa der Laienpflege steht die Erforschung professionstheoretischer Implikationen erst am Anfang. Grundsätzlicher formuliert: Wo liegen die Bereiche und welche Themengebiete werden zunehmend von Freiwilligen übernommen, was soll und kann Engagement eigentlich leisten und wo liegen Kapazitätsgrenzen?

Im ländlichen Raum bestehen diverse Formen von Engagementzusammenschlüssen. Diese sind für ein gelingendes Zusammenleben, das Desintegrationstendenzen entgegenwirkt, von wichtiger Bedeutung. Die wichtigsten Träger von Engagement scheinen, unter Berücksichtigung der ausgewerteten Studien, Vereine zu sein, jedoch fokussiert sich die Forschung auch auf die Untersuchung von Vereinen bzw. (meist christlichen) religiösen Vereinigungen. Hierbei ist ein Rückgang des Engagements in Vereinen zu verzeichnen, sodass diese mit einem Mitgliederschwund und der Schwierigkeit der Vorstandsbesetzungen zu kämpfen haben, wobei eine Zunahme der Dienstleistungsmentalität in Bezug auf Vereine zu verzeichnen ist.

Wenig vorhanden sind Untersuchungen, die den Schwerpunkt auf die Integration von gesellschaftlich benachteiligten Gruppen in Engagementstrukturen legen. Das Engagement dieser wird kaum beleuchtet, sondern eher das Engagement in Bezug auf diese. In diesem Zusammenhang ist auch die Wahl des Engagementfeldes zu sehen, die stark durch das soziale Umfeld geprägt wird. In den Studien werden in der Regel erwerbstätige männliche Bürger*innen ohne Migrationshintergrund, mit besserer Bildung und Qualifizierung als am engagiertesten benannt. Hierbei wäre darauf einzugehen, ob die Definitionen von Engagement, die sehr unterschiedlich ausfallen, so eng gefasst sind, dass z.B. die Selbstorganisation von Migrant*innen in ländlichen Räumen oder die nachbarschaftliche Hilfe zu wenig Berücksichtigung finden. Es bleibt zu untersuchen, ob bisherige empirische Erkenntnisse in der Engagementforschung durch die verstärkte Fokussierung auf bürgerschaftliches Engagement durch eine Erweiterung auf andere Engagementformen in Frage gestellt würden. Des Weiteren steht aus zu untersuchen, ob spezifische Gruppen andere Unterstützung brauchen, um besser partizipieren zu können.

Wenig vorhanden sind Untersuchungen, die den Schwerpunkt auf die Integration von gesellschaftlich benachteiligten Gruppen in Engagementstrukturen legen.

Trotz der Heterogenität der Ergebnisse, können für gelingendes Engagement vier entscheidende Faktoren herausgearbeitet werden. Von besonderer Bedeutung ist der *Zugang zu gemeinsamen Orten der Begegnung* („sozialen Orten“), außerdem *koordinierende und initiierende Schlüsselpersonen* sowie die *Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen* und damit einhergehend eine Betreuung bei der Formulierung von Anträgen bzw. ein niedrigschwelliger Zugang. Besonders häufig wurde die Wichtigkeit von *Kommunikation und Vernetzungsarbeit* zwischen Engagierten aber auch zwischen Engagierten, Politik und Verwaltung benannt. Hierbei wäre zu prüfen inwiefern sich lokale Machtverhältnisse – Spannung zwischen haupt- und ehrenamtlich Engagierten – auf die Kommunikationsbedingungen und damit auf das Gelingen des Engagements vor Ort auswirken. Welche Faktoren hemmen die Kommunikation oder bringen sie sogar zum Stillstand? Auch wäre zu untersuchen, wie eine nachhaltige Digitalisierung der Kommunikations- und Vernetzungsstrukturen aussehen könnte.

Eine besondere Herausforderung für die Zivilgesellschaft – gerade im ländlichen Raum – ist die extreme Rechte. In Bezug auf den Umgang mit Rechtsradikalismus braucht es einen Strategie-Mix aus *präventiven, integrativen* und *reaktiven* Strategien. Bei *reaktiven* Strategien ist zunächst eine Problemdiagnose im Sozialraum notwendig, die alle demokratischen Akteur*innen mit einbezieht, bei der sich auf eine gemeinsame Definition von Rechtsradikalismus und eine darauf aufbauende Strategie geeinigt wird. In Bezug auf die Beforschung des Komplexes ist zu verzeichnen, dass es an vergleichenden Makroanalysen fehlt, die Ergebnisse in einen größeren Kontext integrieren. Im gesamten Forschungskomplex zu Gegenstrategien der Zivilgesellschaft zu Rechtsradikalismus im ländlichen Raum ist zu beobachten, dass die Analyse von Strukturen der extremen Rechten und der Analyse von Gegenstrategien bzw. deren Rahmenbedingungen ein schwieriger Prozess ist. Der starke Fokus auf Rechtsradikalismus der Forschung zu Demokratiestärkung, der für eine Problemdiagnose geboten ist, sollte für die Erforschung von Gegenstrategien um den Blick der Betroffenen erweitert werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, 17 Jahre nach der Arbeit der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (Deutscher Bundestag 2002) wurden viele Handlungsempfehlungen der Kommission (siehe Einleitung) im Bereich der Engagementförderung aufgenommen bzw. angegangen. Der systematische Blick auf die hier analysierten Publikationen zeigt, dass viele regional spezifische Untersuchungen stattfanden, rahmende Faktoren für Engagement und konkrete Maßnahmen evaluiert wurden. Viele der identifizierten Faktoren wurden auch im Bericht der Enquete-Kommission 2002 bereits verhandelt. Im Allgemeinen und für den ländlichen Raum im Spezifischen stellt sich allerdings die Frage, welche Rolle wissenschaftliche Forschung im Bereiche Engagement(-förderung) und Demokratiestärkung in Zukunft einnehmen kann. Es fehlt an vergleichenden Studien, an Forschungsprojekten und -ideen, die im Sinne einer theoretischen Engagementforschung allgemeinere Fragestellungen bearbeiten, wie sie teilweise auch schon im Enquete-Bericht gefordert wurden: „Zudem ist eine Erweiterung bei den Forschungsthemen und -gegenständen notwendig. Dazu gehören Studien, die den Kenntnisstand über das Engagement ausgewählter Akteursgruppen (z.B. Migrantinnen und Migranten, Arbeitslose) und deren Motivlagen erweitern.“ (ebd.: 10).

Im Allgemeinen und für den ländlichen Raum im Spezifischen stellt sich allerdings die Frage, welche Rolle wissenschaftliche Forschung im Bereiche Engagement (-förderung) und Demokratiestärkung in Zukunft einnehmen kann.

Damit einhergehend wird ein weiterer dringender Handlungsbedarf im Bereich der Forschung deutlich, denn Engagement(-förderung) kann unter bestimmten Voraussetzungen auch zur Demokratiestärkung vor Ort beitragen. Beide Forschungsbereiche sollten mehr übergreifend gedacht und untersucht werden, nicht nur im ländlichen Raum. Zielführend ist dabei eine Erweiterung der bisherigen Fokussierung der Demokratieforschung im ländlichen Raum auf Rechtsradikalismus als Bedrohung des Zusammenhalts der ländlichen Gesellschaft. Die Verknüpfung einer inklusiveren und vielfaltsorientierten Engagementforschung (z.B. im Hinblick auf gesellschaftlich marginalisierte Gruppen) und einer weniger ideologie- bzw. akteurszentrierten, sondern zivilgesellschaftsorientierten Demokratieforschung kann dazu beitragen, zukunftsfähige Konzepte und Maßnahmen für ländliche Regionen zu entwickeln. Diese können helfen den Herausforderungen wie dem demografischen Wandel, der sozialen und territorialen Ungleichheit sowie dem Wandel des Wohlfahrtsstaates in einer vielfältigen Gesellschaft zu begegnen.

8. LITERATURVERZEICHNIS ZUSÄTZLICHER PUBLIKATIONEN¹⁸

- Bischof, Susann/Quent, Matthias (2018): Gebietsreform und extreme Rechte: Themen und Schwerpunkte regionaler Protestereignisse in Thüringen 2017. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD3/Text_Bischof_Quent.pdf [12.06.2019].
- Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun [Hrsg.] (2010): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verl (Wochenschau Wissenschaft).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009 - Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Online: <http://www.bmfsfj.bund.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen.did=165004.html> [11.06.2019].
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Stellungnahme der Bundesregierung [...]. Online: <https://www.bmfsfj.de/blob/115624/d6da5ce2163c59600f48a7a5d360a3b2/2-engagementbericht-und-stellungnahme-br-data.pdf> [03.08.2019].
- Carla, Claudia (2015): Das Instrument des Lokalen Aktionsplans im ländlichen Raum. In: Klaus-Dieter Kaiser [Hrsg.]: Lebendiger ländlicher Raum. Herausforderungen - Akteure - Perspektiven. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag (Vitalisierung ländlicher Räume), S. 166–178.
- Degele, Nina/Winker, Gabriele (2010): Intersektionalität: Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Transcript Verlag: Bielefeld.
- Deppisch/Klärner/Osigus (2019): Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich? In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie, 2019/05, S.74-87. Online: <https://www.idz-jena.de/wsdet/wsd5-10/> [06.08.2019].
- Deutscher Bundestag [Hrsg.] (2002): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements. Bürgerschaftliches Engagement. Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Online: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf> [11.06.2019].
- Habermann, Julia/Singelstein, Tobias (2018): Praxis und Probleme bei der Erfassung politisch rechtsmotivierter Kriminalität durch die Polizei. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie, 2018/04, S.18-29. Online: <https://www.idz-jena.de/wsdet/praxis-und-probleme-bei-der-erfassung-politisch-rechtsmotivierter-kriminalitaet-durch-die-polizei/>.
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Suhrkamp Verlag: Berlin.
- Hafeneger, Benno (2006): Rechte Jugend – jugendlicher Rechtsextremismus auf dem Lande. In: Sozialextra, 9, S. 34-37.
- Haubner, Tine (2017): Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft. Laienpflege in Deutschland, Campus Verlag: Frankfurt.

¹⁸ Unter 8. werden für die Analyse herangezogene Publikationen aufgeführt, die nicht Bestandteil der Literaturanalyse sind.

- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2012): Die demographische Provokation der Infrastrukturen. In: Leviathan, 4, S. 563-590.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2017): Das Soziale-Orte-Konzept. Ein Beitrag zur Politik des sozialen Zusammenhalts. In: Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis, 2, S. 50-56.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2019): Politik des Zusammenhalts. Hamburger Edition: Hamburg.
- Lessenich, Stephan (2013): Vom Recht auf Teilhabe zur Pflicht zum Engagement? in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Die Bürger und ihr Staat. Ein Verhältnis am Wendepunkt? Freiburg/Basel/Wien: Herder, S. 84-95.
- Liebscher, Doris/Schmidt, Christian (2007): Grenzen lokaler Demokratie Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum. Online: https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/publikationen/reader/Grenzen_lokaler_Demokratie_-_zivilrechtliche_Strukturen_gegen_Nazis_im_laendlichen_Raum.pdf [12.06.2019].
- Neu, Claudia (i.E.): „Soziale Orte“ – Basis einer Politik des Zusammenhalts. In: Bringt, Friedemann: „Was blüht dem Dorf“. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Neu, Claudia/Vogel, Berthold (i.E.): Das Soziale-Orte-Konzept. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Richter, Christoph/Bösch, Lukas (2017): Demokratieförderung Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Demokratieförderung_Räume_AfD_Bundestagswahl_2017.pdf [12.06.2019].
- Röder, Anne (2019): Integration durch bürgerschaftliches Engagement – eine qualitative Untersuchung engagierter Geflüchteter in ländlichen und städtischen Regionen Sachsens. ? In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie, 2019/05, S.74-87. Online: <https://www.idz-jena.de/wsd/wsd5-4/> [06.08.2019].
- Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen an der Georg-August-Universität [SOFI] (2017): BMBF Projekt: Das Soziale-Orte-Konzept – Neue Infrastrukturen für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Online: <https://www.uni-goettingen.de/de/projekte/579472.html> [04.08.2019].
- Vandamme, Ralf (2008): Zivilgesellschaft und soziale Ausgrenzung. In: Huster, Ernst-Ulrich/ Boeckh, Jürgen/Mogge-Grotjahn, Hildegard [Hrsg.]: Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Van Dyk, Silke (2018): Post-Wage Politics and the Rise of Community Capitalism. In: Work, Employment and Society, 32, Heft 3, S.528-545.
- Wegner, Martina/Klie, Thomas (2007): Verantwortung und Identität vor Ort. In: Wegner, Martina/Klie, Tomas [Hrsg.]: Engagement und Zivilgesellschaft, Wiesbaden: Springer VS, S. 547-567.

9. STUDIEN ZUM THEMENDREIECK AB DEM ERSCHEINUNGSJAHR 2009

9.1 Studien zu bürgerlichem Engagement im ländlichen Raum

1. Alex, Martin (2016): Peripher und engagiert. Kirchlich gebundenes Ehrenamt in peripheren, ländlichen Regionen. In: Dünkel, Frieder/Herbst, Michael/Stahl, Benjamin [Hrsg.]: Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum, Springer VS: Wiesbaden, S. 93-115.

2. Alisch, Monika et al. [Hrsg.] (2018): „Irgendwann brauch' ich dann auch Hilfe ...!“. Selbstorganisation, Engagement und Mitverantwortung älterer Menschen in ländlichen Räumen, Beiträge zur Sozialraumforschung, 17, Verlag Barbara Budrich: Opladen, Berlin, Toronto.
3. Amadeu Antonio Stiftung [Hrsg.] (2012): Mit Kommunikation zivilgesellschaftliches Engagement stärken. Sozialraumanalyse und Befragungsergebnisse der Region um Fahrenwalde. Online: www.laendlicher-raum.info/w/files/pdfs/sozialraumanalyse_region-in-aktion.pdf [14.2.2019].
4. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung [Hrsg.] (2015): Von Hürden und Helden. Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt. Online: [www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Von Huerden und Helden/BI_HuerdenUndHelden_Online-1.pdf](http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Von_Huerden_und_Helden/BI_HuerdenUndHelden_Online-1.pdf) [15.2.2019].
5. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung [Hrsg.] (2017): Von Kirchtürmen und Netzwerken. Wie engagierte Bürger das Emsland voranbringen. Online: [www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Von Kirchtuermen Und Netzwerken/Von Kirchtuermen Und Netzwerken_Online.pdf](http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Von_Kirchtuermen_Und_Netzwerken/Von_Kirchtuermen_Und_Netzwerken_Online.pdf) [14.2.2019].
6. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung [Hrsg.] (2018): Land mit Zukunft. Neue Ideen vom Runden Tisch. Online: [www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Land Mit Zukunft/BI_LandMitZukunft_Onlineversion.pdf](http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Land_Mit_Zukunft/BI_LandMitZukunft_Onlineversion.pdf) [14.2.2019].
7. Born, Karl M. (2009): Kraft und Vielfalt des Dorfes durch traditionelle und neue Dorfvereine. In: Henkel, Gerhard/Schmied, Doris [Hrsg.]: Was Dörfer stark und lebendig macht, RURAL, 2, Cuvillier Verlag: Göttingen, S. 29-47.
8. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [Hrsg.] (2016): Zweiter Engagementbericht 2016. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung. Online: www.bmfsfj.de/blob/115588/53875422c913358b78f183996cb43eaf/zweiter-engagementbericht-2016---engagementmonitor-2016-data.pdf [27.2.2019].
9. Butzin, Anna/Gärtner, Stefan (2017): Bürgerschaftliches Engagement, Koproduktion und das Leitbild gleichwertiger Lebensbedingungen. In: 5R-Netzwerk [Hrsg.]: Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning. Springer Berlin Heidelberg: Berlin, Heidelberg, S. 513-526.
10. Dienel, Liudger/Walk, Heike (2011): The Role of Civic Engagement in Trisectoral Governance Approaches as Factors for Success in East German Municipalities. In: Local Government Studies 37, 3, S. 317-334.
11. Eisentraut, Roswitha [Hrsg.] (2009): Alternde Räume: Soziales Kapital und ländlicher Raum Sachsen-Anhalts. Entwicklung von Lebensqualität im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts. Der Hallesche Graureiher. Online: <https://www2.sozilogie.uni-halle.de/publikationen/pdf/0902.pdf> [26.2.2017].
12. Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. [Hrsg.] (2016): Studie. Unsere 100 kleinsten Dörfer. Ergebnisbericht. Online: http://ea-rlp.de/wp-content/uploads/2017/12/20161028_Ergebnisbericht_der_Studie_Unsere_100_kleinsten_Doerfer.pdf [14.2.2019].
13. Freiwillig-sozial-aktiv – Freiwilligenzentrum für Stadt und Landkreis Gießen e.V. [Hrsg.] (2017): Engagement als Schlüsselfaktor für Entwicklung und Lebensqualität im Gießener Land. Online: www.giessenerland.de/wp-content/uploads/sites/31/2015/07/Brosch%C3%BCre_Engagement-als-Schl%C3%BCselfaktor.pdf [14.2.2019].
14. Güldemann, Friederike (2016): Die Bedeutung von engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen im ländlichen Raum. Vorstellung eines Erfolgsmodells und Entwicklung eines Kriterienkatalogs. In:

- Mecklenburger AnStiftung [Hrsg.]: Engagementförderung im ländlichen Raum. Erfahrungen, Kriterien und Erkenntnisse aus Mecklenburg-Vorpommern S. 30-61. Online: www.anstiftung-mv.de/material/mecklenburger-anstiftung_2016_engagementfoerderung-im-laendlichen-raum.pdf [14.2.2019].
15. Hameister, Nicole/Tesch-Römer, Clemens (2016): Landkreise und kreisfreie Städte. Regionale Unterschiede im freiwilligen Engagement. In: Tesch-Römer, Clemens/Vogel, Claudia/Simonson, Julia [Hrsg.]: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement. Springer VS: Wiesbaden, S. 539-558.
 16. Haschke, Hanka (2018): Lokales Engagement im ländlichen Raum und der Beitrag von Kulturinstitutionen zur Entstehung dessen am Beispiel der TRAFÖ-Modellregion Oderbruch (Masterarbeit): Vechta. Online: <http://docplayer.org/113754504-Masterarbeit-am-beispiel-der-trafo-modellregion-oderbruch.html> [28.02.2019].
 17. Hessische Landesregierung [Hrsg.] (2015): „Ehrenamt sicher in die Zukunft“. Ehrenamtliche Vereinsvorstände und Führungskräfte im ländlichen Raum gewinnen und halten. Kommunen unterstützen die Zukunftsfähigkeit ihrer Vereine. Online: www.gemeinsam-aktiv.de/mm/mm001/Abschlussbericht_EASI.pdf [14.2.2019].
 18. Institut Arbeit und Technik der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen-Bocholt-Recklinghausen [Hrsg.] (2015): Neue Kooperationen und Finanzierungsmodelle für die Daseinsvorsorge. Eine Analyse von 111 Initiativen. Forschung Aktuell, 11. Online: www.econstor.eu/bitstream/10419/121864/1/838122817.pdf [27.2.2019].
 19. Institut für Kulturpolitik [Hrsg.] (2015): Förderpotenziale für die kulturelle Infrastruktur sowie für kulturelle Aktivitäten in ländlichen Räumen. Eine Bestandsaufnahme. Online: www.kupoge.de/download/Studie_laendliche-kulturarbeit.pdf [15.2.2019].
 20. Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen | Berlin SÖSTRA GmbH [Hrsg.] (2017): Es geht auch anders! Kreative Potenziale in ländlichen Räumen Ostdeutschlands. Online: www.beauftragter-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Downloads/Publikationen/es-geht-auch-anders-kreativpotenziale.pdf?__blob=publicationFile&v=7 [14.2.2019].
 21. Kietzmann, Diana/Bischoff, Marie/Schmidt, Silke (2016): Motivationale Aspekte ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz in ländlichen Regionen, In: Dünkel, Frieder/Herbst, Michael/Stahl, Benjamin [Hrsg.]: Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum, Springer VS: Wiesbaden, S. 81-91.
 22. Koch, Claudia (2011): Der Einfluss von Rahmenbedingungen auf bürgerschaftliches Engagement. In: Schmied, Doris/Born, Karl M./Bombeck, Henning [Hrsg.]: Aktive Dorfgemeinschaften. Partizipation und Bürgergesellschaft, RURAL, 5, Cuvillier Verlag: Göttingen, S. 33-46.
 23. Moser, Andrea/Fengler, Birgit/ Peter, Heike (2016): Ansätze für Zusammenarbeit in der Politik zur Förderung der ländlichen Entwicklung. Ergebnisse aus der 7-Länder-Evaluation 2007-2015. In: Schmied, Doris/ Wüstenrot Stiftung [Hrsg.]: Kooperation in ländlichen Räumen, RURAL, 8, Cuvillier Verlag: Göttingen, S. 75-87.
 24. Neu, Claudia (2011): Mitbestimmung – Mitentscheiden – Mitgestalten. Partizipation und Bürgergesellschaft vor neuen Herausforderungen. In: Schmied, Doris/Born, Karl M./Bombeck, Henning [Hrsg.]: Aktive Dorfgemeinschaften. Partizipation und Bürgergesellschaft, RURAL, 5, Cuvillier Verlag: Göttingen, S. 95-108.
 25. nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung [Hrsg.] (2018): Gutachten Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Regionen Brandenburgs. Bestandsaufnahme und

- Handlungsempfehlungen. Online:
www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/Gutachten%20b%C3%BCrgerschaftliches%20Engagement%20in%20Brandenburg-2019-01-09.pdf [15.2.2019].
26. Schubert, Christoph (2018): Soziale Innovationen im ländlichen Raum. Zivilgesellschaft und kommunale Verwaltungsstrukturen als begünstigende und hemmende Faktoren. In: Franz, Hans-Werner/Kaletka, Christoph [Hrsg.]: Soziale Innovationen lokal gestalten, Springer VS: Wiesbaden.
 27. Schwarzenberg, Tom/Miggelbrik, Judith/Meyer, Frank (2017): „Nicht für Erich Honecker früher oder heute für Angela Merkel, sondern für sich selber“ – Eine Fallstudie zu ehrenamtlichen Engagementformen im ländlichen Raum zwischen gesellschaftspolitischen Ansprüchen und individuellen Wahrnehmungen. In: 5R-Netzwerk [Hrsg.]: Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning. Springer Berlin Heidelberg: Berlin, Heidelberg, S. 563-576.
 28. Staatskanzlei Rheinland-Pfalz [Hrsg.] (2015): Gestalten oder gestaltet werden? Ländlicher Raum und demografischer Wandel als Kontext zivilgesellschaftlicher Organisationen in Rheinland-Pfalz. ZiviZ-Landesauswertung Rheinland-Pfalz im Auftrag der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz. Online: www.ziviz.de/publikationen/ziviz-landesauswertung_rheinland-pfalz_2015 [14.2.2019].
 29. Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V./urbanizers [Hrsg.] (2014): "Erfassung bürgerschaftlichen Engagements und sozi36aler Teilhabe in der Region Westmecklenburg" als Teil des Umsetzungsprojekts „Bewegung und Lebensqualität im Alter“. (Modellvorhaben der Raumordnung Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge). Online: www.landesfrauenrat-mv.de/tl_files/landesfrauenrat/dokumente/Dokumente%202016/AG%20Daseinsvorsorge/150213_Gutachten_ThuenenInst_Urbanizers.pdf [14.2.2019].
 30. Thünen-Institut [Hrsg.] (2014): Neue Beteiligungs- und Steuerungsprozesse in der ländlichen Entwicklung. Phase I der Begleitforschung zum Modellvorhaben LandZukunft. Thünen Report, 18. Online: https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn053549.pdf [26.2.2019].
 31. Thünen-Institut [Hrsg.] (2013): Regionale Schrumpfung gestalten. Handlungsspielräume zur langfristigen Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe schaffen und nutzen. Online: https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn052553.pdf [26.2.2019].
 32. Thünen-Institut [Hrsg.] (2016): Koordination, Lernen und Innovation zur Entwicklung peripherer ländlicher Regionen. Phase II der Begleitforschung zum Modellvorhaben LandZukunft. Thünen Report, 41. Online: https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn056919.pdf [26.2.2019]
 33. TNS Infratest Sozialforschung [Hrsg.] (2014): "Bürgerschaftliches Engagement in den ländlichen Räumen der Bundesrepublik Deutschland – Strukturen, Chancen und Probleme“ Sekundäranalyse auf Grundlage des Freiwilligensurveys der Bundesregierung. Sekundäranalyse auf Grundlage des Freiwilligensurveys der Bundesregierung. Online: www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaeume/Studie-Buergerengagement-LR.pdf?__blob=publicationFile [14.2.2019].
 34. Zielske, Johanna (2016): Die Akteurssicht in der Engagementförderung in Mecklenburg-Vorpommern. Eine qualitative Inhaltsanalyse. In: Mecklenburger AnStiftung [Hrsg.]: Engagementförderung im ländlichen Raum. Erfahrungen, Kriterien und Erkenntnisse aus Mecklenburg-Vorpommern, S. 62-91. Online: www.anstiftung-mv.de/material/mecklenburger-anstiftung_2016_engagementfoerderung-im-laendlichen-raum.pdf [14.2.2019].
 35. ZiviZ [Hrsg.] (2018): Vereinssterben in ländlichen Regionen – Digitalisierung als Chance. Online: <https://www.ziviz.de/landdigital> [15.2.2019].

9.2 Studien zu Demokratiestärkung im ländlichen Raum

36. Borstel, Dierk (2011): "Braun gehört zu bunt dazu!". Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern, Monsenstein und Vannerdat: Münster.
37. Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun (2010): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Wochenschau Wissenschaft, Wochenschau-Verlag: Schwalbach/Ts.
38. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement [Hrsg.] (2015): Demokratiestärkung im ländlichen Raum. Eine europäisch-vergleichende Recherche zu Ansätzen und Maßnahmen der Stärkung des Bürgerengagements für eine lebendige Demokratie im ländlichen Raum als Beitrag zur Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Online: www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/themen_materialien/demokratiestaerkung/bbe-recherche-demokratiestaerkung-im-laendlichen-raum.pdf [08.3.2018].
39. Friedrich-Ebert-Stiftung [Hrsg.] (2018): Musliminnen und Muslime in ländlichen Räumen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Wie kann Verwaltung neue Aufgaben gut meistern? Arbeitspapier Religion und Politik, 5. Online: <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/14716.pdf> [14.2.2019].
40. Habeck, Heike/Siebert, Elisabeth (2015): Der Stellenwert von KiTa und Grundschule als Bildungseinrichtung im ländlichen Raum. Kinderstube der Demokratie. In: Kaiser, Klaus-Dieter [Hrsg.]: Lebendiger ländlicher Raum. Herausforderungen - Akteure - Perspektiven: Analysen und Handlungsmöglichkeiten. Beiträge im Kontext des Arbeitsschwerpunktes "Demokratiebildung" der Evangelischen Akademie der Nordkirche im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, Vitalisierung ländlicher Räume, 2, Wochenschau-Verlag: Schwalbach/Ts., S. 147-153.
41. Henßler, Vera/Overdieck, Ulrich [Hrsg.] (2014): Vor Ort entscheidet. Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus, Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin: Berlin. Online: <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/10611.pdf> [14.2.2019].
42. Nattke, Michael (2011); Wie Fuchs und Hase beginnen auszuhandeln. Interne Evaluation des Projektes Horizont 21. In: Miteinander e.V./Kulturbüro Sachsen e.V. [Hrsg.]: Demokratie hin oder her... Erfahrungen mit Demokratieentwicklung im ländlichen Raum, S. 91-120. Online: www.beratungsnetzwerk-sachsen-anhalt.de/images/docs/Publikationen/demokratiehinoderher_AbschlussdokuH21_Web.pdf [14.2.2019].
43. Paasche, Janine (2010): Möglichkeiten Sozialer Arbeit zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen gegen Rechtsextremismus im ländlichen Raum Sachsens (Masterarbeit). Online: <https://core.ac.uk/download/pdf/33988045.pdf> [28.2.2019].
44. Sächsischen Volkshochschulverband e.V. [Hrsg.] (2018): Erwachsenenbildung im ländlichen Raum. Ergebnisse der qualitativen Studie „Weiterbildungsbedarf in ländlichen Regionen im Freistaat Sachsen“. Online: https://www.vhs-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/ProjektDoku_Land_web.pdf [14.2.2019].
45. Schader-Stiftung [Hrsg.] (2011): Integrationspotentiale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts. Online: https://www.schader-stiftung.de/fileadmin/content/Abschlusspublikation_komprimiert_.pdf [14.2.2019].
46. Schader-Stiftung [Hrsg.] (2014): Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen. Ein Handbuch für Kommunen. Online: www.schader-stiftung.de/fileadmin/content/Handbuch_interkulturelle_Oeffnung_ueberarbeitet_01-2015.pdf [14.2.2019].
47. Schmidt, Tobias (2011): Einheimische und Zugereiste. Partizipation und soziale Modernisierung im ländlichen Raum, Kultur und soziale Praxis, 140, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

48. Schubarth, Wilfried et al. (2010): Wertebildung und Teilhabe von Jugendlichen in ländlichen Regionen. Ein qualitatives und quantitatives Praxisforschungsprojekt. In: Schubarth, Wilfried/Speck, Karsten/Lynen von Berg, Heinz [Hrsg.]: Wertebildung in Jugendarbeit, Schule und Kommune. Bilanz und Perspektiven. VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden: Wiesbaden.
49. Schultz, Christoph (2009): Quantitative Schulsozialraumanalyse im ländlichen Raum M-V mit dem Schwerpunkt von Bedingungsbeziehungen für die Entstehung rechtsextremistischer Tendenzen und Möglichkeiten der demokratiestärkenden Bildungsarbeit (Diplomarbeit): Rostock. Online: https://soziale-bildung.org/fileadmin/Forschung_Evaluation/Diplomarbeit_MP_Bildung_Land.pdf [28.02.2019].
50. Bund der Deutschen Landjugend e.V. [Hrsg.] (2017): Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Schweigen heißt Zustimmung, Bund der Deutschen Landjugend: Berlin. Online: https://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de/fileadmin/SITE_MASTER/content/Dokumente/Downloads2017/Beitraege2017/08Buch_Rechtsextremismus.pdf [14.2.2019].
51. Soziale Bildung e.V. [Hrsg.] (2009): Demokratiestärkende Bildungsarbeit. Schulsozialraumanalyse. Online: www.vielfalt-mediathek.de/data/mpsozialraumanalyse_schule_4.pdf [27.2.2019].

9.3 Studien zu Demokratiestärkung und Engagement im ländlichen Raum

52. Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. [Hrsg.] (2017): Neue Nachbarn – Zusammenleben im ländlichen Raum. Expertise zu den Chancen und Handlungsansätzen für eine erfolgreiche Integration von Neueinwanderern in die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins. Online: www.alr-sh.de/fileadmin/download/Startseite_Aktuelles/NeueNachbarn_Expertise_ScreenPDF.pdf [14.2.2019].
53. Behn, Sabine et al. [Hrsg.] (2013): Lokale Aktionspläne für Demokratie. Zivilgesellschaft und Kommune in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus: Ergebnisse der Evaluation des Bundesprogramms "VIELFALT TUT GUT", Beltz Juventa: Weinheim/ Basel.
54. Frauenbildungsnetz Mecklenburg-Vorpommern e. V. [Hrsg.] (2016): Engagiert vor Ort – Aktiv für die Gesellschaft. Studie zum Stand der Gewinnung von Frauen für politische Mandate im Mecklenburg-Vorpommern. Online: www.gleichstellungsministerkonferenz.de/documents/studie_zum_stand_der_gewinnung_von_frauen_fuer_politische_mandate_in_mv_1510225772.pdf [29.02.2019].
55. Götzky, Doreen [Hrsg.] (2012): Kulturpolitik in ländlichen Räumen. Eine Untersuchung von Akteuren, Strategien und Diskursen am Beispiel des Landes Niedersachsen. Online: <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/170> [15.2.2019].
56. Holz, Klaus [Hrsg.] (2015): Intergenerative Zusammenarbeit. Vorgehen - Erfahrungen - Ergebnisse, Vitalisierung ländlicher Räume, 1, Wochenschau-Verlag: Schwalbach/Ts.
57. Diedrich, Maria/Quent, Matthias (2016): Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliches Engagement in der Krise? Kurzfassung der Situations- und Ressourcenanalyse für den Saale-Holzland-Kreis. Online: http://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Broschur_SHK_2016_Webversion.pdf [05.05.2019].
58. Schader-Stiftung [Hrsg.] (2014): Abschlussbericht. Forschungs-Praxis-Projekt. Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel. Online: www.schader-stiftung.de/fileadmin/downloads/pdf/PDF_dynamische_Contents/Projekte_2014/Abschlussbericht_Integrationspotenziale_laendlicher_Regionen_im_Strukturwandel.pdf [14.2.2019].

59. Stöber, Silke (2010): Zwischen Landflucht und Lebens(t)raum. Wege zu lebendigen Dörfern in Brandenburg (Dissertation), Kommunikation und Beratung, 99, Margraf Publishers GmbH: Berlin. Online: www.researchgate.net/publication/323477198_Zwischen_Landflucht_und_Lebenstraum_-_Wege_zu_lebendigen_Dorfern_in_Brandenburg [28.02.2019].
60. Welker, Martin/Kloß, Andrea [Hrsg.] (2016): Lokale Partizipation und Bürgermedien. Laienpublizistik und Öffentlichkeit im ländlichen Raum, Herbert von Halem Verlag: Köln.

10. SONSTIGE LITERATUR ZUM THEMA

10.1 Handbücher und Überblicksdarstellungen

- Beetz, Stephan/Brauer, Kai/Neu, Claudia [Hrsg.] (2005): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Bode, Ingo/Evers, Adalbert/Klein, Ansgar [Hrsg.] (2009): Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland, Bürgergesellschaft und Demokratie, 28, VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden: Wiesbaden.
- Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [Hrsg.] (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Online: www.bmfsfj.de/blob/93170/73111cb56e58a95dacc6fccf7f8c01dd/3--freiwilligensurvey-hauptbericht-data.pdf [27.2.2019].
- Generali [Hrsg.] (2009): Engagementatlas 2009. Daten. Hintergründe. Volkswirtschaftlicher Nutzen. Online: www.lbe.bayern.de/imperia/md/content/stmas/lbe/pdf/engagementatlas_2009.pdf [28.2.2019].
- Generali [Hrsg.] (2015): Engagementatlas 2015. Rolle und Perspektiven Engagement unterstützender Einrichtungen in Deutschland. Online: https://www.ehrenamtsbibliothek.de/literatur/pdf_1127.pdf [28.02.2019].
- Kausmann, Corinna et al. [Hrsg.] (2017): Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014, Bürgergesellschaft und Demokratie, Springer VS: Wiesbaden.
- Krimmer, Holger [Hrsg.] (2019): Datenreport Zivilgesellschaft. Springer Fachmedien Wiesbaden: Wiesbaden.
- Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorzen [Hrsg.] (2009): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Online: <http://library.fes.de/pdf-files/do/06431.pdf> [07.02.2019].
- Olk, Thomas/Hartnuß, Birger [Hrsg.] (2011): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, Beltz Juventa: Weinheim und Basel.
- Stifterverband Verwaltungsgesellschaft für Wissenschaftspflege mbH [Hrsg.] (2011): Nutzerhandbuch. Zivilgesellschaftsdaten. Zivilgesellschaft in Zahlen, 3.
- Thünen-Institut [Hrsg.] (2015): Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993, 2012. Soziale Unterstützungsstrukturen im Wandel. Thünen Report, 32. Online: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/124161/1/837835038.pdf> [14.2.2019].

10.2 Good-Practice-Beispiele, Handlungsempfehlungen & Argumentationshilfen

- Amadeu Antonio Stiftung [Hrsg.] (2013): Region in Aktion. Wie im ländlichen Raum demokratische Kultur gestaltet werden kann. Online: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/handbuch_ria.pdf [10.2.2019].
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung [Hrsg.] (2011): Klamme Kommunen und engagierte Bürger. Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet. Online: www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Die_demografische_Lage_2011/Auszug_Engagement.pdf [14.2.2019].
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft [Hrsg.] (2017): Modellvorhaben Land(auf)Schwung. Regionen in Aktion. Online: www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaeume/LAS/Broschuere_Land-auf-Schwung.pdf?__blob=publicationFile [15.2.2014].
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement [Hrsg.] (2015): Gemeinsam handeln: für Demokratie in unserem Gemeinwesen! Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V./Institut für Pädagogik Martin-Luther-Universität: Halle. Online: <https://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/publikationen/handreichung-gemeinsam-handeln.pdf> [28.02.2019].
- Deutscher Landkreistag [Hrsg.] (2014): Interkulturelle Öffnung in der Landkreisverwaltung. Schriften des deutschen Landkreistages. Online: www.kreise.de/cms1/images/stories/publikationen/bd-116.pdf [14.2.2019].
- Forum Seniorenpolitik NRW [Hrsg.] (2011): Seniorenarbeit und -politik in ländlichen Regionen. Grundlagen, Konzepte und Beispiele aus Nordrhein-Westfalen. Online: <https://forum-seniorenarbeit.de/wp-content/uploads/2014/07/2010-11-Seniorenarbeit-in-l%c3%a4ndlichen-Regionen.pdf> [14.2.2019].
- Franke, Silke/Schmid, Susanne [Hrsg.] (2013): Frauen im ländlichen Raum, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, 88, Hanns-Seidel-Stiftung: München. Online: https://www.hss.de/download/publications/AMZ_88_Frauen_laendlicher_Raum.pdf [28.03.2019].
- Franke, Silke [Hrsg.] (2015): Armut im ländlichen Raum? Analysen und Initiativen zu einem Tabu-Thema, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, 97, Hanns-Seidel-Stiftung: München. https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/Berichte/1503_AMZ_97.pdf [28.02.2019].
- Franke, Silke/Magel, Holger [Hrsg.] (2016): Flüchtlinge aufs Land? Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, 106, Hanns-Seidel-Stiftung e.V.: München. https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/Publications/_161229_AMZ-106_INTERNET.pdf [28.02.2019].
- Initiative Allianz für Beteiligung e.V. [Hrsg.] (2016): (Neu)Land gestalten! Methoden und Praxisbeispiele für Bürgerbeteiligung in kleinen Städten und Gemeinden. Online: www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/thementeam/laendlicher_raum/AfB-Methodenhandbuch_WEB.pdf [14.2.2019].
- Ministerium für ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg [Hrsg.] (2013): Kultur in den Ländlichen Räumen Baden-Württembergs. Situation, Trends, Potenziale und Handlungsfelder. Online: www.miz.org/dokumente/2014_Studie_Kultur_in_den_Laendlichen_Raeume.pdf [15.2.2019].
- o.A. [Hrsg.] (2017): Dorfmoderation Mudershausen. Endbericht. Verbandsgemeinde Hahnstätten Rhein-Lahn-Kreis. Online: https://www.mudershausen.de/fileadmin/Online-Redaktion/Dokumente/Dorferneuerung/DM_Mudershausen_Ergebnisbericht.pdf [14.2.2019].

Uhlendahl, Thomas C. (2015): Bürgerbeteiligung zur Gemeindeentwicklung im ländlichen Raum – Möglichkeiten der Methodenkombination am Beispiel von Steinach im Kinzigtal. In: 5R-Netzwerk [Hrsg.]: Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning. Springer Berlin Heidelberg: Berlin, Heidelberg, S. 133-143.

10.3 Auswahl von Studien zum Themendreieck vor 2009

Bündnis 90/Die Grünen [Hrsg.] (2007): Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum. Online: https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/publikationen/reader/Grenzen_lokaler_Demokratie_-_zivilrechtliche_Strukturen_gegen_Nazis_im_laendlichen_Raum.pdf [07.02.2019]

Metzmann, Barbara (2006): Auswirkungen des demografischen Wandels im ländlichen Raum auf das ehrenamtliche Engagement am Beispiel der Freiwilligen Feuerwehr im Landkreis Bad Kreuznach (Diplomarbeit), Geisteswissenschaft, Diplomica Verlag GmbH: Hamburg. Online: https://ebooks-fachzeitungen-de.ciando.com/img/books/extract/3832497900_lp.pdf [28.02.2019].

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern [Hrsg.] (2007): Ländliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum - am Beispiel der Gemeinde Galenbeck. Online: <https://docplayer.org/228913-Daseinsvorsorge-im-peripheren-laendlichen-raum-am-beispiel-der-gemeinde-galenbeck-laendliche-entwicklung-in-mecklenburg-vorpommern.html> [28.02.2019].

nexus - Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung [Hrsg.] (2007): Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen. Analytischer Literaturbericht. Online: www.partizipative-kommune.de/pdf/Literaturstudie_Partizipative+Kommune_2007.pdf [27.2.2019].

nexus - Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH [Hrsg.] (2008): Abschlussbericht. Partizipative Kommune. Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen. Online: www.partizipative-kommune.de/pdf/Abschlussbericht_Partizipative+Kommune.pdf [15.2.2019].

Soziale Bildung e.V. – Staatlich anerkannte Einrichtung der Weiterbildung Modellprojekt „Aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus - Demokratiestärkende Bildungsarbeit im ländlichen Raum“ [Hrsg.] (2008): Demokratiestärkende Bildungsarbeit. Handlungsempfehlungen. Online: https://soziale-bildung.org/fileadmin/Forschung_Evaluation/9_Handlungsempfehlungen_Bildungsarbeit.pdf [14.2.2019].

10.4 Auswahl von Studien in Durchführung/ Working Papers

Haßelbusch, Malina (in Durchführung): Die „Schmerzgrenze“ freiwillig Engagierter in ländlichen Räumen. Online: <http://das-zukunftszentrum.de/forschung/forschungsgruppen-und-promotionsnetzwerke/forschungsgruppe-engagement-in-laendlichen-raeumen/> [11.06.2019].

Rüger, David (in Durchführung): Solidarität zwischen freiwillig Engagierten. Online: <http://das-zukunftszentrum.de/forschung/forschungsgruppen-und-promotionsnetzwerke/forschungsgruppe-engagement-in-laendlichen-raeumen/> [11.06.2019].

Mertens, Melissa (2018-2020): Wirkweise der Dorfmoderation auf das System Dorf und die dörflichen Akteur*innen. (vorläufiger Titel). Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK), Fakultät R.

Schneider, Jessica (in Durchführung): Marginalisierungsprozesse in Dörfern. Online: <http://das-zukunftszentrum.de/forschung/forschungsgruppen-und-promotionsnetzwerke/forschungsgruppe-engagement-in-laendlichen-raeumen/> [11.06.2019].

Thünen-Institut [Hrsg.] (in Durchführung bis 2019): Stabilität und Akzeptanz des demokratischen Systems in ländlichen Räumen.

Thünen-Institut [Hrsg.] (in Durchführung bis 2020): Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands.

Thünen-Institut [Hrsg.] (in Durchführung bis 2022): „Gefühle des Abgehängtseins“ in ländlichen Räumen?

Zentrum für regionale Strategien [Hrsg.] (in Durchführung seit 2017): Studie zu partizipativen Beteiligungsformen im ländlichen Raum - am Beispiel kommunaler Beschwerdeplattformen.

10.5 Weitere Publikationen zum Thema

Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V./Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement [Hrsg.] (2010): Handreichung "Gemeinsam handeln: für Demokratie in unserem Gemeinwesen!". Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Online: www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/12/handreichung_gemeinsam_handeln.pdf [14.2.2019].

Amadeu Antonio Stiftung (o.A.): Kommunikation im ländlichen Raum. Eine Expertise der Amadeu Antonio Stiftung im Rahmen des Projektes Region in Aktion – Kommunikation im ländlichen Raum. Online: <https://www.perspektywa.de/sites/default/files/document/Expertise-Kommunikation.pdf> [02.02.2019].

Barlösius, Eva/Neu, Claudia [Hrsg.] (2008): Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume. LandInnovation, Materialien, 21, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften: Berlin. Online: www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&ved=2ahUKEwjrram46NvgAhVHThoKHXvfDMUQFjABegQIBRAC&url=https%3A%2F%2Fedoc.bbaw.de%2Ffiles%2F770%2F25dVE8zriuMWI.pdf&sg=AOvVaw2h43nGltg4g3s61nNuP1Ds [26.2.2019].

Bauer, Hartmut/Büchner, Christiane/Hajasch, Lydia [Hrsg.] (2017): Partizipation in der Bürgerkommune, KWI-Schriften, 10, Universitätsverlag Potsdam. Online: <https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/10160/file/kwischriften10.pdf> [26.2.2019].

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung [Hrsg.] (2011): Die Zukunft der Dörfer. Zwischen Stabilität und demografischem Niedergang. Online: https://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Doerfer_2011/Die_Zukunft_der_Doerfer_Webversion.pdf [14.2.2019].

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz [Hrsg.] (2010): „Unser Dorf hat Zukunft“. Abschlussbericht zum 23. Bundeswettbewerb 2010. Online: www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/UnserDorfHatZukunftABericht2010.pdf?__blob=publicationFile [15.2.2019].

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft [Hrsg.] (2016): 25. Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“. Abschlussbroschüre. Online: www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/dorfstudie_2017.pdf;jsessionid=E326340E893BC4BBE5D2239AC703B5A2.1_cid296?__blob=publicationFile [27.2.2019].

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement [Hrsg.] (2015): Geflüchtete Willkommen heißen. Erfahrungen, Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe ehrenamtlicher Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im ländlichen Raum. Online: www.b-b-e

[e.de/fileadmin/inhalte/PDF/publikationen/dokumentation-gefluechtete-willkommen-heissen-2015.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/publikationen/dokumentation-gefluechtete-willkommen-heissen-2015.pdf) [26.2.2019].

- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement [Hrsg.] (2016): Von wegen gähnende Leere: Wie demokratiestärkendes Engagement ländliche Räume belebt. Eine Sammlung ermutigender Projektbeispiele. Online: www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/publikationen/2016-von-wegen-gaehrende-leere.pdf [15.2.2019].
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement [Hrsg.] (2019): Gutes gedeihen lassen. Mit Fördermitteln demokratische Kultur und Engagement in ländlichen Räumen stärken. Online: www.laendlicher-raum.info/w/files/laendlicherraum/materialien/bbe_foerderbrosch_web.pdf [26.2.2019].
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement/Amadeu Antonio Stiftung [Hrsg.] (2017): Lebendige Orte. Eine Reise durch Barnim und Uckermark. Online: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/reisefuehrer_barnim_uckermark.pdf [27.2.2019].
- Höhne, Siegrun [Hrsg.] (2015): Vitalisierung in der Praxis. Projektbeispiele aus Sachsen-Anhalt, Vitalisierung ländlicher Räume, 3, Wochenschau-Verlag: Schwalbach/Ts.
- Leibniz Universität Hannover [Hrsg.] (2010): Modellprojekt. Umnutzung landwirtschaftlicher Altgebäude und Hofanlagen als Beitrag zur Vitalisierung der Ortskerne. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung. Online: www.umwelt.uni-hannover.de/fileadmin/institut/Veroeffentlichungen/bericht_modellprojekt_umnutzung.pdf [14.2.2019].
- Lingg, Eva/Reutlinger, Christian/Stiehler, Steve [Hrsg.] (2015): Soziale Nachbarschaften. Geschichte, Grundlagen, Perspektiven, Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit, 10, Springer VS: Wiesbaden.
- Maecenata Institut [Hrsg.] (2016): Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen. Opusculum, 92. Online: <https://difu.de/node/10591> [14.2.2019].
- Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger [Hrsg.] (2010): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, VS Verl. für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Olk, Thomas/Gensicke, Thomas [Hrsg.] (2014): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Stand und Perspektiven, Bürgergesellschaft und Demokratie, 43, Springer VS: Wiesbaden.
- Sischka, Kerstin (2013): Plädoyer für eine partizipative Konfliktforschung bei der wissenschaftlichen Begleitung von Modellprojekten gegen Rechtsextremismus. In: Bruder, Klaus-Jürgen/Barth, Claudia/Brückner, Peter [Hrsg.]: Sozialpsychologie des Kapitalismus - heute. Zur Aktualität Peter Brückners. Psychosozial-Verlag: Gießen, S. 201-218.
- SPRINT - wissenschaftliche Politikberatung und IAT - Institut für Arbeit und Technik [Hrsg.] (2013): Engagement und Sicherung der Daseinsvorsorge im Ländlichen Raum. Online: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/fileadmin/sites/ELER/Dateien/04_Partner/Daseinsvorsorge/Daseinsvorsorge_unter_Druck_BLE-SG-Infra_01_2013_Web.pdf [14.2.2019].
- Teichmüller, Nikolaus (2016): Zivilgesellschaft, ländlicher Raum und Grenzregion. Ein deutsch-polnisches Beispiel. In: Rocznik Andragogiczny 23, S. 133-152. Online: www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=2ahUKEwi_i86Wu9zgAhVLjqQKHacwCaQQFjAAegQIAxAC&url=http%3A%2F%2Fcejsh.icm.edu.pl%2Fcejsh%2Felement%2Fbwmeta1.element.desklight-f79967ad-880b-4338-9b69-2b3f6fc0235f%2Fc%2F13818-32776-1-SM.pdf&usq=AOvVaw3I2dCaeZZ3YymO9XjuFoif [27.2.2019].

Thiem, Anja (2009): Leben in Dörfern. Die Bedeutungen öffentlicher Räume für Frauen im ländlichen Raum, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. Online: <https://epdf.tips/leben-in-drfern-die-bedeutungen-ffentlicher-rume-fr-frauen-im-lndlichen-raum.html> [28.02.2019].

Wolf, André C./Zimmer, Annette [Hrsg.] (2012): Lokale Engagementförderung. Kritik und Perspektiven, Bürgergesellschaft und Demokratie, 38, Springer VS: Wiesbaden.

Tagungsberichte

Magel, Holger [Hrsg.] (2012): Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Kommunen. Zwischen Wunsch und Wirklichkeit. 14. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung. Materialensammlung, 44. Online: http://www.bole.bgu.tum.de/fileadmin/w00brh/www/PDFs/Allgemein/BOT_2012_Doku.pdf [27.2.2019].

Thünen-Institut [Hrsg.] (2017): Aufnahme und Integration von Geflüchteten in ländliche Räume. Spezifika und (Forschungs-)herausforderungen. Beiträge und Ergebnisse eines Workshops am 6. und 7. März 2017 in Braunschweig. Thünen Report, 53. Online: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/171336/1/1004831501.pdf> [28.02.2019].

Literaturrecherchen zum ländlichen Raum

Gesis - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften [Hrsg.] (2012): Aktuelle Forschungen zum ländlichen Raum. Recherche Spezial, 2. Online: http://sowiport.gesis.org/Files/Research-Special_PDF/RS_Laendlicher_Raum.pdf [27.2.2019].

Stadt-Land-Vergleiche

Gensicke, Thomas et al. [Hrsg.] (2009): Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde, Empirische Studien zum Bürgerschaftlichen Engagement, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Olk, Thomas/Gensicke, Thomas [Hrsg.] (2014): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Stand und Perspektiven, Bürgergesellschaft und Demokratie, 43, Springer VS: Wiesbaden.

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz [Hrsg.] (2014): Bürgerschaftliches Engagement in Sachsen. Darstellung der Ergebnisse des 3. Freiwilligensurveys der Bundesregierung für den Freistaat Sachsen. Online: www.engagiert-dabei.de/fileadmin/Bilder/fuer-interessenten/Material/Interessenten/Buerger_Engagement/FWS_Endf.pdf [14.2.2019].

Strategiepapiere

Rosa-Luxemburg-Stiftung [Hrsg.] (2013): Dorfbewegung. Warum und wie? PAPERS. Online: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Dorfbewegung.pdf [15.2.2019].

Sächsischer Volkshochschulverband e.V. [Hrsg.] (2014): Lebenslanges Lernen als strategisches Handlungsfeld zur Stärkung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Nachhaltige Raumentwicklung durch Stärkung der Erwachsenenbildung. Online: www.vhs-sachsen.de/fileadmin/user_upload/SVV_SP_laendlicherRaum_web.pdf [27.2.2019].

Impressum

Herausgeber:

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)
Talstraße 84 | 07743 Jena

Tel.: 03641 – 27 19 403
Fax: 03641 – 27 18 307
E-Mail: mail@idz-jena.de

Im Auftrag von:



Verlegerin und Trägerin:



Gefördert von:

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Bezug: Die Publikation kann unter www.idz-jena.de heruntergeladen werden. Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbiografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN: 978-3-940878-44-1

Veröffentlicht im September 2019

Gestaltung: timespin - Digital Communication GmbH, www.timespin.de

